

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. März 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 29

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Ein Appell an die Öffentlichkeit und sein Widerhall.
Volkswirtschaft: Brot, Fleisch und Kartoffeln.
Korrespondenzen: Berlin. — Graudenz. — Ragen i. W. — Hamburg (M. S.). — Sanau a. M. — Hannover (M. M.). — Schwabach. — Stuttgart.
Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Militärische Verordnung über Mindestlöhne. — Der Einfluß des Krieges auf den deutschen Kohlenbergbau. — Der Fleischverbrauch in Deutschland im Jahre 1914. — Geheimnisse der Nahrungsmittelverfälscher. — Die wirtschaftlichen Grundlagen Griechenlands.

Ein Appell an die Öffentlichkeit □ □ □ und sein Widerhall □ □ □

In Nr. 21 ist in dem Artikel „Ein anderer Weg — ein besseres Resultat“ vom prinzipiellen Standpunkt aus das Notwendigste gesagt worden, wie der von den beiden Organisationsleitungen prinzipiell wie gegenseitig Ende Dezember unterzeichnete Schrift, auf die Vorlage unseres Gewerbes die Aufmerksamkeit der gesamten Öffentlichkeit zu lenken, aufgenommen worden ist. Der größeren Benützung über den moralischen Erfolg und dessen unterschiedliche Wertung konnte auch eine materielle Befriedigung angefügt werden; allerdings mit Einschränkungen, wie sie der Krieg gerade für den Buchdruck in die Erscheinung treten läßt.

Es wurde noch bemerkt, daß zur Zeit (20. Februar) sowohl in der Presse wie auch in anderer Weise von dem gemeinsamen Komitee des Deutschen Buchdruckervereins und des Verbandes zwecks vermehrter Druckauftragerteilung noch Notiz genommen werde. Das ist in sich verringender Fortsetzung bis jetzt der Fall gewesen. Am 6. März haben sogar in einer süddeutschen Großstadt noch die örtlichen Vorstehenden in den Tagesblättern dem Publikum einen Einblick in unsere Verhältnisse gegeben und darauf verwiesen, daß keinem Gewerbe gegenüber die Beschränkung auf das Allernotwendigste während der Kriegszeit so scharf gehandhabt werde wie beim Buchdruck.

Wir hätten selbst nicht erwartet, daß zweieinhalb Monate lang von diesem Notruf öffentlich die Rede sein würde. Wie schnell wird doch in dieser fliegenden Zeit mit der rasend schnellen Abwechslung von Ereignissen aller Art vergessen! Es ist daher gut gewesen, daß nicht alles auf Kommando unsere Klagen zur Kenntnis genommen oder hinausgetragen hat. Die Verteilung auf längere Zeit kann also nur vorteilhaft sein. So wirkt der Aufruf jedenfalls in die Monate hinein, wo trotz noch weiterer Dezimierung der Gehilfschar Mangel an Druckaufträgen auf die Beschäftigungsmöglichkeit drücken kann. Dieser ungeheure Krieg trägt doch hauptsächlich wirtschaftlichen Charakter, ist zu Deutschlands wirtschaftlichem Ruin angesetzt. Da kann es noch manche Überraschungen geben, deren Rückwirkungen wir Buchdrucker wieder am sichtbarsten ausgelebt sein würden. So stark der Glaube an Deutschlands Sieg sein darf und sein soll — es sind der Etappen bis dahin noch recht viele!

Wollen wir nun, wie in Nr. 21 versprochen, das materielle Ergebnis des gemeinsamen Aufrufs uns näher betrachten, so muß das getrennt geschehen. Es ist festzustellen, wie bei Regierungen, Behörden und Korporationen die Aufnahme gewesen, und es muß zum Ausdruck gebracht werden, in welcher Weise die Presse sich für das ihr zum Fundament dienende Buchdruckgewerbe engagiert hat und demgemäß die Geschäftswelt für den von uns verfolgten Zweck zu interessieren war.

Es ist ohne weiteres anzuerkennen, daß die staatlichen wie die städtischen Behörden und Verwaltungen, desgleichen die öffentlichen und die wirtschaftlichen Korporationen, denen der Aufruf in Form einer Eingabe zugegangen ist, in größerer Anzahl geantwortet haben, als nach den bisherigen Erfahrungen zu hoffen stand. Die Bescheide ergingen zumeist an beide Organisationsleitungen; wo nur ein Teil benachrichtigt wurde, war damit das Ersuchen verknüpft, den andern von der erfolgten Antwort zu unterrichten. Von mehreren Behörden wurden weitere Exemplare der Eingabe verlangt, damit auch die nachgeordneten

Ämterstellen informiert werden könnten. Auf diese Weise kamen bis zu 100 hinauf die Eingaben in weitere Hände, konnten viele Hunderte von einflussreichen Personen mehr für den mit dem Appell verfolgten Zweck interessiert werden. Eine ganze Reihe von Behörden usw. gab die Versicherung, im Sinne der Eingabe handeln zu wollen. Die nächstgroße Zahl von Antworten ging dahin, daß für später vorgesehene Druckarbeiten schon jetzt, d. h. im Januar, im Auftrag gegeben seien. Eine Behörde erklärte, bereits im September entsprechende Anweisung gegeben zu haben. Von den Oberpostdirektionen wurde fast durchweg mitgeteilt, daß der Drucksaftbedarf sich sogar vermehrt habe, was durch den umfangreichen Betrieb der Feldpost ja begreiflich ist. Verschiedentlich lautete die Antwort, daß zurzeit keine Aufträge zu vergeben seien; ein Ministerium glaubte ebenfalls, dem Ersuchen jetzt nicht entsprechen zu können. Einige Male wurde kurz erklärt, daß am Ort Arbeitslosigkeit bei den Buchdruckern nicht mehr bestehe. Wie wir feststellen konnten, eilte diese Ansicht den Tatsachen voraus, wenn auch weniger Arbeitslose als in den ersten Kriegsmonaten vorhanden waren. Zum Teil fand die Eingabe ähnerlich sympatische Beantwortung: Die für unser Gewerbe durch den Krieg geschaffene Lage werde voll gewürdigt (Reichspostamt und andre Behörden); mit dem größten Interesse sei von der Schilderung der eingetretenen Verhältnisse Kenntnis genommen worden usw. Der Akademische Senat der Universität Freiburg i. Br. ist an die Spitze der am meisten befriedigenden Bescheide zu stellen:

Von-Ihrer-Eingabe-d.-d.-Leipzig-und-Berlin-im-Dezember-1914-haben-wir-mit-großem-Interesse-Kennntnis-genommen-und-uns-überzeugt,-dass-in-der-Zeit-hier-zurzeit-ein-großer-Notstand-vorliegt.-Der-Senat-hat-deshalb-beschlossen,-dass-die-Mitglieder-desselben,-ein-jeder-in-seinem-Kreise,-im-Sinn-Ihrer-am-Schluss-einer-Eingabe-gestellten-Bitte-wirken-sollen.

Gewiß sehr anerkennenswert. Die Mehrzahl aller Antworten lautete dahin, eine Einschränkung des Drucksaftbedarfs sei nicht vorgenommen worden. Daß jedoch andre, nicht unter den Antworten vertretene Behörden usw. sich von einem manchmal ganz unverständlichen Sparsystem leiten ließen, kann sehr wohl behauptet werden.

Das eklatanteste Beispiel dafür ist der Unfall des Nürnberger Adreßbuches für 1915, der auf einen Beschluß der städtischen Kollegien zurückzuführen ist. Wie in der größten süddeutschen Industriestadt ohne ein neues Adreßbuch auszukommen ist, dürfte jedenfalls nicht nur uns ein Rätsel sein. Ein Barbierladen mag zur Not mit einem alten „durchhalten“, aber ganz Nürnberg? Die Stadt Erfurt hat ebenfalls geantwortet, wie es nicht gemacht werden soll. Ende Januar kam es in der Stadtverordnetenversammlung über den Druck des Verwaltungsberichts für 1914 zu einer Debatte, die gerade wegen der Sachumstände, im Sinne des gemeinsamen Appells gehaltenen Ausführungen eines Stadtverordneten (Buchdruckerbesitzer) einen andern Ausgang hätte nehmen müssen als den der Ablehnung mit 21 gegen 18 Stimmen. War auch von unserer Eingabe nicht direkt die Rede, wie über ein von dem Vorstand unserer dortigen Mitgliedschaft eingereichtes Gesuch, nicht nur die laufenden Drucksaften sämtlich anfertigen, sondern auch die später benötigten auf Vorrat drucken zu lassen, ebenfalls kein Wort zu vernehmen war, so lag doch eine Zufahrt der mit dem Druck des Verwaltungsberichts seither beauftragten Firma vor, die die Erfurter Stadtväter hätte bestimmen müssen, den Anspruch des einen Stadtverordneten zu beherzigen: „Wir tun hier auch einmal ein gutes Werk den Buchdruckern gegenüber.“ Es wurde darauf verwiesen, daß doch der erste Teil des Berichts, der im Manuskript schon fertig sei, wenigstens gedruckt werden könne, der zweite könne ja später nachgeholt werden. Auch der Oberbürgermeister erklärte sich mit diesem Zwischenvorschlag einverstanden, obwohl der Magistrat beschloß, in diesem Jahre von dem Druck des ganzen Verwaltungsberichts abzusehen. Es halfen aber alle Vorstellungen nichts, ob es sich nun um die in den Vordergrund geschobene Wahrscheinlichkeit der Entlassung der für diese Arbeit reservierten Arbeitskräfte oder um andre Einwände handelte. Es wurden gute Worte für die Buchdrucker gesprochen, doch glaubte

die Mehrheit, mit den 2500 Mk. für den ersten Teil resp. den 4000 Mk. für den ganzen Bericht den Erfurter Stadtsäckel zu ruinieren. Der Ausgang ist, wie schon vermerkt worden, ein für die Buchdrucker bedauerlicher, für das Erfurter Stadtrecht aber so gar nicht empfindend. Neuerdings wird von oberen Behörden den Korporationen, Schulen usw., die zur Herausgabe eines Jahresberichts verpflichtet sind, anheimgestellt, in diesem Jahr eventuell davon Abstand zu nehmen. Da damit keine bindende Vorschrift gegeben ist, muß gehofft werden, daß nur im Ausnahmefalle von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird. Das Buchdruckgewerbe vermag auch jetzt diese Aufträge nicht zu entbehren.

In einer Reihe von Orten und zum Teil auch für größere Bezirke bzw. ganze Bundesstaaten, z. B. Württemberg, fand dann noch ein gemeinsames Vorgehen der lokalen resp. Kreis(Gau-)vorstände statt, dem der gemeinsame Appell zugrunde lag. Auch an die Geschäftswelt wurde in ähnlicher Weise vielfach noch besonders herangefahren. Jedenfalls kann man sagen: Es ist viel geschehen zur Aufklärung. Die Behörden, öffentlichen Korporationen und Anstalten haben zum Teil genügendes, zum Teil volles Verständnis gezeigt für das ihnen Vorgetragene. Viele haben allerdings nicht geantwortet, wenige sich direkt ablehnend ausgesprochen oder durch ihr Verhalten einen solchen Standpunkt bekundet. Als Ganzes ein Ergebnis, das die Erwartungen überstossen hat.

In der Presse erschienen noch den ganzen Februar hindurch Notizen über den gemeinsamen Aufruf, bis am 6. März in den Augsburger Blättern mit einem größeren, selbständigen Aufsatz des Bezirksvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins und des Mitgliedschaftsvorstandes des Verbandes vermuthlich Schluss eingetreten ist. Die Aufzählung im einzelnen verbietet sich hier noch mehr als bei den Behörden usw.; es müßten ganze Spalten damit gefüllt werden.

Alle Pressekategorien wie alle Parteien sind vertreten. Teils wurde ein Extrakt von irgendeiner Korrespondenz benutzt, teils findet man selbständige Bearbeitungen des Aufrufs, teils diesen ganz abgedruckt. Das letztere geschah aber in der Minderheit. Es verdient Anerkennung, daß in einer städtischen Reihe von Orten die Vorstände des Verbandes keine Mühe ungenutzt ließen, die Aufnahme oder wenigstens eine Notiznahme von dem Aufruf zu erwirken. Das ist zwar doch nicht allenthalben zu ermächtigen gewesen, und selbst einige sozialdemokratische Blätter ließen sich so noch nicht bewegen, von dem sich in unserm Gewerbe bietenden unerfreulichen Bilde der Öffentlichkeit Kenntnis zu geben. Das ist in diesem Falle wie auch in den andern zu bedauern, wo die unternommenen Versuche keinen Erfolg hatten. Im allgemeinen muß gesagt werden, daß je größer ein Blatt, um so kürzer die Notiznahme ausgefallen ist. Es ging bis auf sechs Zeilen herab.

Das „Kreisblatt“ in Queßlinburg hat sich den Anspruch auf besondere Nennung erworben, denn es brachte den Aufruf zweimal an auffallender Stelle. In dem nicht weit entfernten Albersleben dagegen nahmen die Zeitungsherausgeber von der Veröffentlichung desselben Abstand, da zurzeit genügend Aufträge vorhanden seien; für den Fall eintretender Verschlechterung könne ja auf die Sache zurückgekommen werden. In Rudolstadt hat das amtliche Organ den Aufruf vollständig und in größerer Schrift über die ganze Breite gebracht, während die „Rudolstädter Zeitung“, die durch alles andre denn lobenswerte geschäftliche Maßnahmen die Arbeitslosigkeit unter den Buchdruckergehilfen zu einem für die dortigen Verhältnisse außerordentlich hohen Grad anwachsen ließ, den Aufruf ignorierte. In den zueinander benachbarten württembergischen Orten Calw, Nagold und Albstadt nahm kein Blatt von dem Vorgehen der beiden Organisationsstellen Notiz. Der eine Prinzipal und Zeitungsherausgeber erklärte, ihm fehle es nicht an Aufträgen, jedoch an Maschinenschernern. In Weiden (Obpf.) verstand sich von den zwei Zeitungen auch keine zur Veröffentlichung. In Orten mit nur einem Blatt ist das zu häufig der Fall gewesen. Gerade hier hätte der Aufruf noch in anderer Weise wirken können,

wie aus denjenigen kleinen Druckerorten, wo die Verleger besser erkennen, daß es sich auch um ihre Interessen handelt, uns befriedigend zu erkennen gegeben wurde. Daß auf Vorkostigkeiten in einigen Fällen auch geantwortet wurde, die Sache wäre ja gewachsen, und daß eine solche Antwort selbst von einem namhaften Blatt erging, soll noch mit Bedauern Anführung finden.

Aus der Anzahl der uns dankenswerterweise zugehenden Setzungen müssen drei hervorzuheben finden, weil der Aufsatz hier mit andern Erscheinungen — Submissionswesen, Preisdrückereien, Einstellung bestimmter amtlicher Druckerarbeiten, allzu einseitiges Lebebedürfnis während des Krieges — in Zusammenhang gebracht und so dem Publikum noch ein tieferer Einblick in die Höhe des Buchdruckgewerbes ermöglicht wurde. Diese drei Blätter sind die „Rheinischen Anzeigen“, die „Stribüne“ in Erfurt und die „Volkszeitung“ in Kiel. Außerdem haben namentlich — vielmehr fast ausschließlich — sozialdemokratische Tageszeitungen durch Aufnahme dristlicher Situationsberichte von unsern Mitglieberschaftsvorständen ein übriges getan, über die Lage unsres Gewerbes wie der Gesellschaft im besondern Aufklärung zu verschaffen. Das ist nicht minder anerkennenswert.

Wenn auch bezüglich der Presse nicht reiflose Befriedigung herrschen kann über die den Buchdruckereien gewährte moralische Unterstützung, so ist hier unter allen Umständen ein großer Fortschritt gegen vordem zu verzeichnen. Gewiß haben diese Publikationen im Vereine mit den bei den Behörden unternommenen Schritten dazu beigetragen, daß der für die Zeit nach Weltkriegsbeginn befürchtete geschäftliche Rückschlag nicht eingetreten ist. Eine Zunahme der Arbeitslosen und Ausgehenden trat wohl momentan ein; die Erklärung dafür liegt aber in Ursachen, die in einem jeden Jahr um diese Zeit mehr oder weniger hervortreten.

Der Widerfall dieses Appells kann jedenfalls beiden Organisationsstellungen bestätigen, den richtigen Weg in einer für unser Gewerbe kritischen Zeit gegangen zu sein. Die Gewerbeangehörigen aber dürfen hoffen, auch später noch günstige Nachwirkungen von diesem Zusammengehen wahrnehmen zu können.

□ □ □ □ □ **Volkswirtschaft** □ □ □ □ □

Brot, Fleisch und Kartoffeln.

Selbst unserer letzten zusammenfassenden Erörterung des Problems der Volksernährung sind etwa drei Wochen ins Land gegangen; aber die Situation ist leider noch nicht besser geworden. Wohl gelprochen hat sich auch hier eine Art Schlitzengrabenkampf zwischen Konsumenten und Produzenten oder Lebensmittelhändlern — herausgebildet. Und vorläufig müßte der objektive Bericht eines volkswirtschaftlichen Generalstabes lauten: Der deutsche Bauer und seine Mittelsmänner im Groß- und Kleinhandel haben zurzeit noch das Heft in Händen und der Konsument muß froh sein, wenn ihm nicht über Nacht der Brothorn um eintige Handbreiten höher gebängt, der Fleischtopf vorläufig unter Glas und Rahmen gestellt und der letzte Rest für die Kartoffelsäfte als Viehfutter freilich gemacht wird. Und nach wie vor bleibt es bemerkenswert, daß die Regierung und sonstige verantwortliche Behörden sich bisher alle Mühe gegeben haben, die deutschen Landwirte und ihre Abjunkte im Groß- und Kleinhandel nach Möglichkeit zu schonen und durch achtunggebende Höchstpreise sowie durch andre ähnliche Maßnahmen den Ansprüchen und Forderungen der Konsumenten einen oder mehrere zugräftige Dämpfer aufzusetzen. Brot, Fleisch und Kartoffeln, die notwendigsten Bestandteile der menschlichen Nahrung, sind die Objekte, um die sich der wirtschaftliche Kampf dreht, und zwar meist nicht deshalb, weil vielleicht auch für gemäßigtere Ansprüche kein genügender Vorrat vorhanden wäre, sondern weil sich die deutsche Volkswirtschaft durch die Unterbindung der Einfuhr von Konsumgütern in einer Zwangslage befindet und damit den Produzenten und ihren Spielgefellern der Markt ausgeliefert ist, sei es mit oder ohne Höchstpreise, Bestandesaufnahme, Beschlagsnahme usw. Die privatwirtschaftliche Produktion feiert ihre Triumphe. Sie macht dem Staate hohe Preise für alle Militärbedarfsartikel, sie sucht auch dem einzelnen Konsumenten für alle unentbehrlichen Bedarfsartikel die höchsten Preise abzuhängen, und wo sie das nicht kann, weil ihre Produkte durch die Kriegsverhältnisse weniger Nachfrage finden, da stellt sie mit kläglichem Kopfschütteln entweder den Betrieb lieber gleich ganz ein oder reduziert ihn so, daß die geringeren Betriebskosten nicht selten dazu beitragen, doch noch das Betriebsrisiko auf andre Schultern abwälzen zu können, und sei es auch auf Kosten der Arbeiter. Letzten Endes finden sich dann die eigentlichen Folgen dieser Wirtschaftsweise auf dem Lebensmittelmarkt in konzernartigen Kreisen verschlungen und zeigen uns in den Lebensmittelpreisen, daß die menschlichen Arbeitskräfte um so intensiver belastet sind, als sie nichts anderes hinter sich haben als sich selbst. Am deutlichsten ergibt sich das aus der Entwicklung der Lebensmittelpreise. Denn heute müssen wir feststellen, daß sich gegenüber der Zeit des Kriegesbeginnes nach den unsern Lesern nicht unbekanntes Calwersehen Erhebungen die Ausgaben für die Ernährung um etwa ein Viertel verteuert haben.

Im Durchschnitt von etwa 200 Orten befrugen die wöchentlichen Kosten der Ernährung auf Grund einer bestimmten Ration für eine Familie von vier Köpfen im Juli 1914 25,12 Mk., im Januar d. J. aber 29,65 Mk., also 4,53 Mk. mehr. Gegen Dezember beträgt das Mehr

0,91 Mk. im Durchschnitt aller berücksichtigten Orte. Wenn man annimmt, daß von dem gesamten Einkommen der Arbeiterbevölkerung auf Essen und Trinken rund die Hälfte aufgewendet werden muß, so ist bei gleichbleibendem Einkommen nunmehr ein Betrag von mehr als 60 Proz. nötig, um die Ausgaben für die Ernährung zu bestreiten. Dabei ist vorausgesetzt, daß die Quantität und Qualität der Ernährung im groben und ganzen gleichgeblieben ist. Zufälligkeit ist aber wohl in den meisten Haushaltungen eine Einschränkung im Essen und Trinken erfolgt. Man ist wohl auch vielfach zu Speisen übergegangen, die sich etwas billiger stellen, so daß der Satz von 60 Proz. im Durchschnitt nicht viel überschritten sein dürfte. Auf alle Fälle bedingt dieser Satz aber eine Einschränkung in allen übrigen Ausgaben, vor allem in der Bekleidung, dann aber auch in der Befriedigung von weniger nötigen Bedürfnissen. Allerdings gibt es beträchtliche Kreise in der Arbeiterbevölkerung, in der sich die Steigerung der Kosten für die Ernährung schon recht nachteilig bemerkbar macht. Es sind die, bei denen das Einkommen im Laufe des Krieges zurückgegangen ist. Sie haben unter der Teuerung stark zu leiden. Man trifft sie hauptsächlich in den Großstädten. Der Grad der Verleuerung war im Januar in den einzelnen Landesstellen sehr verschieden. Während im Durchschnitt des Reiches der Index um 0,91 Mk. in die Höhe gegangen ist, liegt er z. B. in der Provinz Posen um 1,85, in Pommern um 1,39, in Groß-Berlin um 1,65, in Schleswig-Holstein um 1,33 und im Rheinland um 1,01 Mark. Auf der andern Seite zeichnen sich die süddeutschen Landesstellen durch geringe Steigerungen aus. Die höchste mit 0,41 Mk. ist für Württemberg zu verzeichnen. In Elsaß-Lothringen, wo allerdings die Verleuerung schon recht hoch stand, ist im Januar eine kleine Verbilligung von 0,14 Mk. pro Woche eingetreten. Noch ein anderer Landesteil im Norden, nämlich Mecklenburg-Schwern, zeigt eine Verbilligung, und zwar um 0,18 Mk. Vorläufig können wir noch keineswegs damit rechnen, daß die aufsteigende Kurve der Lebensmittelpreise zum Halten kommen werde. Die neuen Bahnen und Wege, die man eingeschlagen hat, um die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen, haben trotz aller Preisnormierungen nicht vermocht, den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Auf dem pflanzlichen Lande und in den kleineren Städten macht sich die Verleuerung am wenigsten bemerkbar. Am fühlbarsten ist sie in den Großstädten, deren Verproviantierung schon in Friedenszeiten nur bei etwas höheren Preisen möglich ist, die aber jetzt ganz besonders schwierig und teuer geworden ist, nachdem man die bisherige Art der Verproviantierung teils ganz unmöglich gemacht, teils aber wesentlich erschwert hat.

Kauptächlich in der Frage der Beschaffung des täglichen Brotes haben sich im allgemeinen große Schwierigkeiten herausgestellt. Es ist inzwischen notwendig geworden, die Regulierung des Brotkonsums für das ganze Reichsgebiet einheitlich durchzuführen. Die vom Bundesrate beschlossene und schon seit längerer Zeit abgeschlossene Bestandesaufnahme von Getreide und Mehl, hat, das „Reichstag“ gezeitigt, daß die ursprünglich in Aussicht genommene Zagesration pro Kopf von 225 g Mehl wohl beibehalten werden könnte. Da man aber jetzt noch nicht weiß, wie der Ausfall der nächsten Ernte sein wird, so hat die Reichsvereinstellungsstelle vorläufigerweil eine Herabsetzung dieser Ration um täglich 25 g angeordnet. Diese Zagesration von 200 g Mehl ist gleich etwa 350 g Brot und soll für den mittleren Bedarf ausreichen, kommt aber nicht einmal der Hälfte des täglichen Brotkonsums gleich, das ein deutscher Marineoldat im Frieden zu beanspruchen hatte. Zur besseren Beurteilung dieser und anderer Fragen geben wir nachstehend die Wochenration eines deutschen Marineoldaten nach den Speiserollen für heimische Häfen wieder:

800 g Rindfleisch	3000 g Kartoffeln
750 g Schweinefleisch	340 g Zucker
800 g Hammelfleisch	5850 g Brot
150 g Reis	455 g Sutter
300 g Bohnen	300 g Erbsen
500 g Weizenmehl	21 g See
200 g Backpflaumen	0,11 l Essig

Mit dem Abbruche dieses Speisezettels soll selbstverständlich in keiner Weise angedeutet werden, daß für den deutschen Soldaten diese Ernährung zu äppig sei, sondern es soll nur die Möglichkeit gegeben sein, mit diesen Ziffern zu zeigen, daß neben der nunmehr geltenden täglichen Brotration auch noch so manches andre für die minderbemittelte Bevölkerung und besonders für die Arbeiterklasse viel zu wünschenswert übrig läßt. Gewiß könnte die angelegte Brotration ausreichen, wenn sie durch andre ebenbürtige Nahrungsmittel ergänzt werden könnte. Außerordentlich hohe Brotpreise, fast unerwünschte Fleischpreise und fortgesetzt steigende Kartoffelpreise machen aber jeder noch so parsimonischen Hausfrau ganz gewaltige Mühsal an dem, was sie täglich auf den Tisch des Kaufes bringen kann. Gewiß, es herrscht in Deutschland deshalb noch keine allgemeine Hungersnot. Auch der Armste unter den deutschen Arbeitern hat den guten Willen, mit „durchzuhalten“, obwohl es gerade ihm am teuersten fällt. Aber schwer verständlich muß es jedem bleiben, daß z. B. die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen in letzter Zeit immer größer geworden ist. Nach den amtlichen Aufzeichnungen an der Berliner Getreidebörse betrug die Spannung in den letzten Monaten bei:

Monat	Weizen Getreide	Mehl	Spannung
Januar—März 1914	189	245	56
April—Juli 1914	201	258	57
August 1914	224	359	135
September 1914	238	350	112
Oktober 1914	257	360	103
November 1914	260	366	106
Dezember 1914	260	303	133
Januar 1915	262	419	156

Monat	Roggen Getreide	Mehl	Spannung
Januar—März 1914	154	202	47
April—Juli 1914	164	229	56
August 1914	194	294	100
September 1914	212	214	82
Oktober 1914	227	308	81
November 1914	220	301	81
Dezember 1914	220	316	96
Januar 1915	222	352	130

Daraus geht hervor, daß die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreisen sich seit Kriegsausbruch für Roggen und Weizen durchschnittlich um 150 Proz. vergrößert hat. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt hierzu, daß wenn man selbst 100 Proz. hieron für höhere Gefesungskosten, Löhne, Fuhrkosten, Sachgehalte usw. in Anschlag bringt, so bliebe immer noch eine Differenz von 50 Proz., die den Spekulanten, den Händlern und Zwischenhändlern in die Tasche fließen. Für Süddeutschland ergibt sich namentlich bei Roggen eine noch höhere Spannung, weil der Süden auf die Zufuhr von Roggen aus weiter Entfernung angewiesen ist. Es zeigt sich also hier eine geradezu frivole Ausbeutung der Mehlkonsumenten, die ganz gewiß in erschwerlicheren Bahnen geschehen wäre, wenn neben den Höchstpreisen für Getreide auch solche für Mehl wären festgelegt worden.

Stellt es demnach mit der Brofrage sowohl bezüglich des Quantums als auch des Kostenpunktes nicht gerade erfreulich, aber trotzdem immer noch zum ausfallen, so ist das hinsichtlich der Fleischfrage leider nicht zu sagen. Hier hat die wohlgemeinte Bundesratsverordnung, die eine Vorratsverleuerung der Großstädte mit Dauerfleischware bezweckte, auf dem Fleischmarkt und für seine Preisgestaltung gerade das Gegenteil bewirkt. Es ist dadurch eine kolossale Preistreiberie entstanden, weil mit dieser Verordnung nicht auch zugleich eine Vorkehrung zum Verkauf und zur Abschachtung der benötigten Schweine erlassen wurde. Die Schweinezüchter haben dadurch Ausflucht auf höchste Profite erlangt, und haben es dann auch meisterhaft verstanden, ihre Schweine vom Markte fernzuhalten und sie, fast zu verkaufen, immer mehr zu mästen. Der Bundesrat hat sich bezüglich seiner Einschätzung der großen Mehrzahl der deutschen Viehzüchter in Hinsicht auf deren Liebe zum Vaterland in dieser schweren Zeit der Not für das deutsche Volk sehr gefälscht. Um möglichst hohes Schlachtgewicht zu erzielen, verflüchten die Züchter massenweise die Kartoffeln an die Schweine und der Bestand der letzteren wird nur wenig vermindert. Bei den gegenwärtigen hohen Fleischpreisen ist die Kartoffelfütterung an die Schweine für den Landwirt rentabler als der Verkauf der Kartoffel selbst zu den erhöhten Höchstpreisen zur direkten Ernährung der Menschen. Mag dadurch auch der Kartoffelvorrat immer geringer werden, so ist ja das nur im Interesse der Landwirtschaft. Denn hohe Brotpreise nebst Mehlangebot begünstigen hohe Fleischpreise; je höher die Fleischpreise, desto größer die Nachfrage nach den Kartoffeln, und je geringer der Kartoffelvorrat, um so höher deren Preise! Der ominöse „Burgfrieden“ kommt dieser Sorte von Menschen außerordentlich zuakuten. Sie wissen, daß eine öffentliche und drückende Kritik ihres Verhaltens sehr schwer ist und als Verheugung der Volksklassen gegeneinander verfolgt und „eliminiert“ wird. Darum müßten wir uns auch hier nur mit der einfachsten Feststellung der Tatsachen begnügen und wollen zur Fleischfrage nur noch bemerken, daß am 25. Februar endlich Entenungspreise für Schweine durch den Bundesrat festgelegt worden sind. Das ist wenigstens etwas; aber wir werden auf daran tun, uns keinen allzu großen Hoffnungen hinzugeben. Denn vom Entenungs- oder Marktpreise für Lebensgewicht bis zum Fleisch in der Suppe oder Pfanne im Arbeiterhaushalt ist noch ein weiter Weg, ja oft noch ein viel weiterer Weg als vom Getreidekonsum zum Brote. Die Ständigkeit der Produzenten und Zwischenglieder auf allen ähnlichen Gebieten hat während des gegenwärtigen Krieges schon zu viele und zu große Triumphe gefeiert, als daß man von dieser neueren beherrschlichen Zurechtweisung der privatwirtschaftlichen Spekulation auf dem Fleischmarkt so leichtsinnig größeren Erfolg erwarten dürfte.

Um so mehr muß es daher im Rahmen der gegenwärtig noch möglichen Beleuchtung der Ernährungsfrage betont werden, daß die derzeitigen Erscheinungen auf dem Kartoffelmarkt geradezu unerhört zu nennen sind. Zug um Zug ist die Regierung den Wünschen der Kartoffelproduzenten bis jetzt entgegengekommen. Sie hatte ein selbstfestes Vertrauen auf den vaterländischen Geist und Opfermut der Lebensmittelproduzenten und -vermittler. Aber diese haben ein probates Mittel gefunden, um das „Durchhalten“ zu ermöglichen: sie haben die Preise immer höher getrieben, halten den Markt künstlich leer und tun so, als ob es so und nicht anders sein könnte und müßte. In Wirklichkeit haben aber sowohl die Bestandesaufnahme für Getreide und Mehl wie auch die Abschachtung der Schlachtviehbestände und die bisherigen zuverlässigen Schätzungen der Kartoffelvorräte ergeben, daß wohl Getreide und Mehl den Verhältnissen entsprechend knapper als in Friedenszeiten, Schweine dagegen in Fülle und Fülle (rund 20 Millionen) und auch Kartoffeln genügend da sind, wenn sie nicht auf Kosten der menschlichen Ernährung den Schweinen geopfert werden. Aber der Bauer von heute sagt: Erst komme ich und mein Schwein! Daher schlachtet er auch sein Schwein erst, wenn er will und nicht, wenn die Regierung will oder es das volkswirtschaftliche Interesse erfordert. Darum werden die Kartoffeln, die wir zur menschlichen Ernährung so notwendig brauchen, ruhig weiter in die Schweinefüttere geschüttet. Indessen gehen die Kartoffelpreise immer höher. Und hier zeigt es sich, daß der Bauer nicht minder mitschuldig ist als der Kartoffelhändler. Denn als vor kurzem der Bundesrat die

höheren Kartoffelpreise festsetzte, da rechnete er damit, daß die höheren Preise die Bauern veranlassen würden, nunmehr von der Kartoffelfütterung an die Schweine Abstand zu nehmen und die dadurch freierwerdenden Kartoffelmengen der menschlichen Nahrung zuzuführen. Aber diese Rechnung stimmte nicht. Sogar viele Kartoffelhändler sind bei dieser Spekulation durch die Bauern über den Köffel barbiert worden. Denn im gleichen guten Glauben an diesen vom Bundesrat erwarteten vaterländischen Gemeinfinn der Bauern haben nicht wenige Kartoffelhändler am ersten Tage des Infraktretens der neuen Kartoffelhöchstpreise ihre Bestände an vielen Orten, wo sie bis dahin zurückhaltender waren, dem Markte geöffnet. Sie mühten aber sofort erkennen, daß sie ihre Rechnung ohne die Bauern gemacht hatten. Denn diese verlagten in der Hoffnung auf noch höhere Preise mit den Nachschülern, und als die Kartoffelhändler dies merkten, da war im Sandumdrehen wieder „Kartoffelmangel“ vorhanden. So war es in Berlin, in Leipzig, in Köln und noch in vielen andern Großstädten, und heute ist der „Kartoffelmangel“ an vielen Orten fast schlimmer als der natürlichen Ursachen entspringende Mehlmangel. Das ist nun der Erfolg der großmütigen Nachsicht und Rücksicht der Behörden auf die landwirtschaftlichen Produzenten! Kartoffeln und Milch sind jetzt das Hauptfutter der Schweine. Darum sind auch die Milchpreise allenfalls höher geworden. Damit soll aber nun nicht gesagt sein, daß die Bauern an dieser Kartoffelfütterung allein schuldig und die Händler unschuldig Vämmer wären. Dem widersprechen gar zu viele Beobachtungen in fast allen Großstädten. Typisch ist dafür zweifellos folgendes Beispiel, das der „Berliner Lokalanzeiger“ kürzlich der Öffentlichkeit übergab: „Wenn es zutrifft — und es ist bisher nicht widerlegt worden —, daß ein Großhändler über 135000 Zentner zu 2,50 Mk. eingekauft habe und sie jetzt nicht unter 5,75 Mk. abgeben wolle, so erscheint ein staatlicher Eingriff gewiß berechtigt.“ Dieser Großhändler will an dem Zentner mehr als 100 Proz., nämlich 3,25 Mk., gewinnen. Von seinem Reichtum darf man sagen, daß er aus der Not der Armen erwächst. Kein Zweifel auch, daß dieser Wohlthäter der Menschheit nicht allein steht, sondern als Typus eine Klasse habichtiger Spekulanten repräsentiert. Aber so groß auch die zurückgehaltene Vorräte sein mögen, das Vertrauen darauf, daß Großgrundbesitzer und Großhändler als rettende Götter erscheinen werden, wenn die Not am größten sein wird und die Preise den höchsten Stand erklimmen haben werden, ist brüchig und wenig gerechtfertigt. Doch das ist noch nicht alles. Die willkürliche Zurückhaltung der Kartoffeln durch Landwirte und Händler hat sogar schon dazu geführt, daß die unter Kontrolle des Reichsamtes des Innern stehende „Trockenkartoffel-Verwertungsgesellschaft“, die in erster Linie die zur Streckung des Getreides benötigten Kartoffelmengen zu beschaffen hat, völlig verlagte und zu Geschäftsmahnahmen griff, die selbst unter den schlimmsten Auswüchsen der Kartell- und Preisbestrebungen bisher noch nicht zu finden waren. Die Generalkommission der Gewerkschaften hat darum in einer neuen Eingabe an den Reichshändler auf diese Auswüchse in der Lebensmittelversorgung hingewiesen und entsprechende Abhilfe gefordert. Auch sonst mehren sich einführende und abgehende Stimmen, die ein energisches Einschreiten gegen diese unerhörten Treiben auf dem Kartoffelmarkt verlangen. Innun hat endlich der Bundesrat mit Wirkung vom 4. März eine Bestandsaufnahme der Kartoffelvorräte angeordnet. Es unterliegen danach alle Vorräte über 50 kg der Anzeigepflicht, sofern nicht die Landeszentralbehörde vorschreibt, daß auch geringere Vorräte anzumelden sind. Mit dieser Statistik ist jedoch den Konsumenten so wenig geboten, wie den Produzenten und Händlern ihr bisheriges schädliches Treiben unterbunden. Dies könnte nur durch sofortige Beschlagnahme durch den Staat und anschließende gerechte Verteilung durch die Gemeinden erzielt werden. Diese Forderungen werden sogar von dem im allgemeinen sehr konservativ denkenden Professor Ballod in der „Sozialen Paris“ erhoben.

Aber leider mahnen die Mähen des Bundesrats viel zu langsam und zu schwerfällig. Es sind dabei jedenfalls viele und einflussreiche Stimmungen am Werke, deren Folgen auf dem ganzen Lebensmittelmärkte, besonders aber beim Brot, beim Fleisch und bei den Kartoffeln immer spürbarer in Erscheinung treten. So beklagenswert das gerade mit Rücksicht auf die untersten Schichten der Arbeiterklasse und des Volkes überhaupt ist, so zeigt sich damit doch auch die wirtschaftspolitische Windrichtung, in der wir zurzeit sowohl infolge als auch trotz des Krieges im allgemeinen leben. Alle Illusionen in Hinsicht auf die Morgenröte einer besseren, wirtschaftlich und persönlich freieren Zukunft müssen dadurch entsprechend abgestuft werden. Feuerung, Arbeitslosigkeit und keine oder nur sehr vereinzelte Lohnverbesserungen sind für den größten Teil der Arbeiterklasse andre und deutlichere Gradmesser für die Erfüllung ihrer Wünsche und Hoffnungen. Gerade die Beobachtung der Schwierigkeiten, mit denen der Bundesrat sowie alle Regierungsinstanzen in allen wirtschaftlichen Dingen zu rechnen haben und die auch die besten Absichten der Regierung in Hinblick auf eine bessere Sicherstellung immer wieder durchkreuzen oder zu vereiteln suchen, muß jeden ruhig überlegenden Arbeiter belehren, daß die wirtschaftliche Organisationsarbeit der Arbeiterklasse noch viel tiefer als bisher schürfen muß. Gewerkschaftliche und genossenschaftliche Selbsthilfe werden nach wie vor die einzigen zuverlässigen Faktoren bilden, die dem deutschen Arbeiter die Kraft verleihen können, sowohl während des jetzigen Krieges „durchzuhalten“ als auch nachher wieder weiter aufwärts und vorwärts zu kommen. Die Kartoffelnot unserer Tage, die wuchernden Fleisch- und Wurstpreise und zum größten Teil auch die hohen Brotpreise wirken als Entwertung der menschlichen Arbeitskraft für den größten

Teil unserer Volksgenossen. Das bildet den traurigsten Gegenatz zu den Kriegsprofiteuren der Lebensmittelproduzenten und deren Hinter- oder Vordermänner. Gleichzeitig zeigt sich darin aber auch die Planlosigkeit und Unfinnigkeit des größten Teils der bisherigen privathauptstädtischen Wirtschaftsordnung. Sie lähmt durch willkürlich verstärkte Beschränkungen der Nahrungsmittel die Volkskraft und hemmt durch ihre Ungerechtigkeit auch eine freiere Entwicklung des Volksgutes. Daß diese Fesseln immer noch zu lösen sind und in der Hauptsache nur mit organisatorischer Selbsthilfe durch und für die Arbeiterklasse zu sprengen ist werden, das ist die harte Lehre, die uns in der Gegenwart immer wieder auf allen Gebieten entgegentritt. Wohl hat der Einfluß der organisierten Arbeiterklasse im Laufe dieses Krieges in frühere Verhältnisse sich eine mächtige Breche geschlagen, aber die Höhe der Lebensmittelpreise zeigt uns trotzdem noch die Festigkeit jener Mauer, die uns die Bahn zu einem wirklich freieren Vaterlande versperrt. Das dürfen und können wir nicht vergessen, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Ordnungliche Generalversammlung vom 25. Februar.) In dieser Versammlung erstattete Vorsitzender Massini den Jahresbericht des Gauvorstandes. Der Geschäftsjahr in Berlin war bis zum Ausbruch des Krieges ein besserer als im Vorjahre, was sich schon daran zeigt, daß in dieser Zeit 15 Sehmächinen, 29 Siegelbrüchepressen, 41 Schnellpressen und 4 Notationsmaschinen neu aufgestellt wurden. Am Jahreschluß waren demnach vorhanden: 764 Sehm- und Viehmächinen, 2200 Siegelbrüchepressen und 3205 Schnellpressen, 682 automatische Zogenanleger, 60 Billektrotationsmaschinen, 6 Flachdruckrotationsmaschinen, 255 Rotationsmaschinen, 6 Offsetpressen, 45 Hand- und 109 Kompletzgießmaschinen. Mit dem Ausbruch des Krieges aber trat ein völliger Umschwung der Verhältnisse ein. Der größte Teil der Gehilfen wurde entlassen und eine Reihe von Betrieben wurde ganz geschlossen oder nur mit Verringerung weitergeführt. Obgleich sofort über 1600 Gehilfen zum Kriegsdienst einberufen wurden, stieg die Zahl der Arbeitslosen auf fast 5000. Nur durch wochenweises Aussetzen und Verhinderung der Arbeitszeit wurde in vielen Betrieben ein Teil des Personals gehalten. So sind denn auch trotz der durch die Gauvorberkonnferenz und Gaugeneralversammlung vorgenommenen Herabsetzung der Unterstützungssätze bis Januar allein aus der Verbandskasse 598 306,50 Mk. Arbeitslosenunterstützung in Berlin gezahlt worden. Der hohe Wert, den solche Unterstüzungseinrichtungen für alle Beteiligten haben, ist denn auch nicht nur von letzteren anerkannt worden, sondern auch von Kreisen, die sonst die freien Gewerkschaften bekämpft haben. Infolge dieser Erkenntnis darf nie wieder verloren gehen, „daß der Krieg auf den Beschäftigungsgrad der Gehilfenklasse gewirkt hat, geht aus einer vom Gauvorstand vorgenommenen Statistik hervor, deren Gesamtbild folgendes ist: In 291 Druckereien waren beschäftigt in der letzten Juliwache 1914 9164 Gehilfen, in der dritten Januarwoche 1914 9311 Gehilfen, in der dritten Januarwoche 1915 6086 Gehilfen; von diesen letzten aus 252, arbeiteten halbe Tage 79, arbeiten verkürzt 66. Weniger beschäftigt waren im Januar 1915 gegen Juli 1914 = 33,59 Proz., gegen Januar 1914 = 34,64 Proz. Bei der Statistik ausgeschlossen sind 73 Druckereien mit einem bis vier Gehilfen, die in der letzten Juliwache 337 Gehilfen, in der dritten Januarwoche 1914 372 Gehilfen beschäftigten. In diesen Betrieben wird jetzt kein Gehilfe oder nur vorübergehend ein Gehilfe beschäftigt. Zum Teil sind diese Druckereien ganz geschlossen. Da die Statistik in verschiedenen Gruppen je nach der Zahl der beschäftigten Gehilfen aufgenommen ist, so ergibt sich, daß die mittleren Druckereien am meisten unter den Verhältnissen zu leiden haben, denn hier betrug der Rückgang der Beschäftigten über 50 Proz., während die größten Betriebe den geringsten Rückgang (22—23 Proz.) zu verzeichnen hatten. Während in den meisten Industriezweigen in letzter Zeit eine Besserung eingetreten ist, kann man im Buchdruckgewerbe von einer wesentlichen Besserung der Geschäftslage nicht sprechen. Obgleich sich die Zahl der zum Militärdienst Einberufenen bis Ende Februar auf 3173 steigerte und 1295 Gehilfen in andre Berufe übergetreten sind, so ist die Zahl der arbeitslosen Handwerker noch sehr beträchtlich, während es an Spezialarbeitern schon in einzelnen Fällen gemangelt hat. Zum Schluß seiner Ausführungen ehrte der Vorsitzende und mit ihm die Versammlung die im Kriege gefallenen Kollegen, deren Zahl bis jetzt 83 beträgt. Über den Stand der Gaukasse berichtete dann Gaukassier Schlegler folgendes: Der Bestand betrug am 1. Oktober 164265,04 Mk. (ohne Wertpapiere), an Einnahmen sind zu verzeichnen: für Mitgliederbeiträge 67251,50 Mk., Beiträge für Inaktiven 16380 Mk., sonstige Einnahmen 32336,70 Mk. Diesen steht eine Ausgabe gegenüber für Arbeitslosenunterstützung von 85666,75 Mk., Weihnachtsunterstützung 12770 Mk., Extraunterstützung 2012,20 Mk., an die Frauen der im Felde befindlichen Kollegen sind 23910 Mk. gezahlt, an Inaktive 13891 Mk. Weitere Ausgaben beliefen sich auf 29479,80 Mk., so daß der Bestand am Ende des vierten Quartals sich auf 112503,49 Mk. bezifferte. Somit ist ein Verlust von 51761,65 Mk. im letzten Quartal des vergangenen Jahres zu verzeichnen. Der Verlust im Quartal zuvor betrug 86864,83 Mk. Zu dem vorhergehenden Barbestande kommen dann noch Vermögenswerte in Höhe von 747900 Mk., deren Lombardwert sich auf 576900 Mk. beziffert. Die Annahme, daß unser Vermögen nur bis März reichen würde, hat sich zum Glück nicht bestätigt.

Der Grund hierfür ist, daß viele Kollegen zu andern Berufen gingen und die stark erfolgten weiteren Einziehungen zum Seeresdienste. Trotz der nicht geringen Verluste liegt zurzeit kein Grund vor, mißmutig in die Zukunft zu blicken. Beim Punkte „Sonstiges“ nahm die Generalversammlung den Gauvorstandsantrag einstimmig an, den Frauen der im Felde befindlichen Kollegen für ein weiteres Vierteljahr eine Unterstüzung in derselben Höhe wie bisher zu geben. Hierauf gab Kollege Massini die Abmachung bekannt, die sich mit dem Anlernen an Sehm- und Notationsmaschinen auf Grund des § 48 beschließt. Diese Angelegenheit löste anschließend eine längere Diskussion aus, in der das Für und Wider dieser Abmachung stark abwechselte. Zum Schluß machte Kollege Massini noch Front gegen eine Aulassung in Nr. 14 der „Zeitschrift“ vom 23. Februar, worin auf eine Zugriff eines Prinzipals allen Buchdruckereibesitzern empfohlen wird, unmaßsächlich diejenigen Gehilfen nicht einzustellen, die unfaire Ansprüche stellen oder Kontraktbrüche begangen haben. Wenn einzelne Übergriffe vorkommen, so mußte er doch behaftet gegen jede Verallgemeinerung protestieren, da in Berlin alle Überweisungen, Differenzen usw. da erledigt würden, wo sie erledigt werden müssen: vor den Tarifinstanzen. Mit einem Appell an die Versammlung, in dieser Zeit mehr denn je den Zusammenhalt zu wahren im Interesse aller, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Grauden. In der Generalversammlung unseres Ortsvereins gedachte der Vorsitzende des auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen Jendrach. Das Andenken dieses braven Kollegen sowie des hier allgemein beliebten Gewerkschaftsbeamten Th. Blaudowski, der ebenfalls auf dem Schlachtfelde fiel, ehrte die Versammlung in üblicher Weise. Nachdem der Kassierer den Rechenchaftsbericht erstattet hatte, gab der Vorsitzende in längerer Ausführung ein Spiegelbild des verflochtenen Vereinsjahres. Die Geschäftslage, die schon am Anfang des Jahres klar war, wurde nach Ausbruch des Krieges so schlecht, daß ein Teil der Kollegen arbeitslos wurde und in andern Berufen Beschäftigung suchte. Während wir am Schluß des Jahres 1913 noch 67 Mitglieder zählten, hatten wir Ende 1914 nur 38. Die „Zugra“ in Leipzig besuchten vom Ortsvereine drei Kollegen. Durch den Tod verloren wir im vergangenen Jahre den Kollegen Rißler, der auf dem Schlachtfelde fiel, und den Kollegen Niebels, der seinem Leben selbst ein Ziel setzte. Bei der Wahl des Vorstandes wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Bei dem Punkte „Berichtedesamtes“ kam eine interne Druckereianglegenheit der Kollegen des „Geselligen“ zur Sprache. Da diese Angelegenheit nicht von allgemeinem Interesse war, wurde angeregt, eine Druckereiverammlung einzuberufen. Nach Erledigung einiger anderer kleinerer Sachen schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband die recht interessante Versammlung. — Der Monatsversammlung am 19. Februar war eine Druckereiverammlung der Kollegen des „Geselligen“ vorausgegangen. In dieser Angelegenheit nicht vorläufig, sondern der Vorsitzende die anwesenden Nichtmitglieder ein, unser Ortsvereinsversammlung beizuwohnen. Neu aufgenommen wurden zwei zugereifte Kollegen. Die Aufnahme eines dritten wurde abgelehnt. Sodann kam der Vorsitzende der fräurigen Wächter nach, die Mitglieder vom dem Tod eines braven Kollegen, des Sebers Erich Manke, in Kenntnis zu setzen, der als dritter untrès Ortsvereins auf dem Schlachtfelde fiel. Außerdem starb den Seidenot Herr Redakteur Sellwig. In ihm verlieren die Kollegen des „Geselligen“ einen humanen Vorgelebten, der uns stets mit Rat und Tat zur Seite stand. Das Andenken dieser Verstorbenen ehrte die Versammlung durch Erheben von den Siben. Die übrigen Punkte der Tagesordnung fanden glatte Erledigung. Ein Nichtmitglied meldete sich zur Aufnahme.

Hagen i. W. Die am 21. Februar hier im „Kaffa-restaurant“ abgehaltene erste Versammlung des Bezirks war infolge des Krieges nur mäßig besucht. Bezirksvorsitzender Lorenz begrüßte zunächst alle Erschienenen. In kurzen, treffenden Worten streifte er dann die eigenartigen Umstände, unter denen die heutige Versammlung tagen müsse. Seine Ausführungen gipfelten in dem Wunsche, daß zum Segen des Volkes, des Verbandes und des Gewerbes des blutigen Völkerrings bald durch einen für Deutschland ruhmvollen Frieden beendet werden möge. Dem Kollegen Gogowski aus Herloh wurden anlässlich seines 25-jährigen Verbandsjubiläums seitens des Bezirksvorsitzenden und des anwesenden Gauvorstehers herzliche Glückwünsche ausgesprochen, wofür Kollege Gogowski ebenso herzlich dankte. Der Kassierbericht lag gedruckt vor. Dem Kassierer wurde für treue Amtswaltung Entlastung erteilt. Den Jahresbericht erstattete Kollege Lorenz in vortrefflicher Kürze. Hervorzuheben ist hieraus der Rückgang der Mitgliederzahl infolge des Krieges. Die Neuzugänge, Wiederwahl des Gauvorstandes, unter Sinzwahl eines Stellvertreters für den im Felde stehenden zweiten Vorsitzenden, erfolgte einstimmig. Gauvorsteher Albrecht (Köln) verstand es darauf in gewohnter Weise, in seinem Vortrage seinen Zuhörern alle Maßnahmen, die der Verbandsvorstand während des Kriegeszustandes zum besten aller Mitglieder getroffen, zu erläutern und verständlich zu machen. Das Thema „Die sozialen Aufgaben des Verbandes in erster Zeit“ wurde von ihm so interessant behandelt, daß seine Ausführungen den vollen Beifall aller Anwesenden fanden. Als Tagesordnung für die nächste Bezirksversammlung, an deren Stelle eventuell eine Vertrauensmännerversammlung tritt, wurde einstimmig Hagen gewählt. Zum Schluß dankte der Vorsitzende dem Referenten für seinen interessanten Vortrag und ermahnte die Kollegen, gerade in heutiger Zeit auf dem Posten zu sein und aus dem hier Gehörten zu rechter Zeit die Aufwendung zu ziehen.

Hamburg. (Maschinenlehreverein.) Monats-versammlung am 21. Februar. Nach einigen Richt-
stellungen zum Protokoll erteilte der Vorsitzende den Kol-
legen Thorhauer das Wort zu seinem Vortrag: „Tech-
nische Entwicklung — Organisatorische Wirkung“. Seine
etwa einfüßigen Ausführungen fanden reichen Beifall.
Anschließend an den Vortrag referierte Kollege Pieczak
über das Thema „Maschinenlehremangel“ und streifte die
drei Artikel in Nr. 10 des „Korr.“, mit denen man sich
nur einverstanden erklären könnte. Die Aussprache hier-
über war sehr lebhaft. U. a. wurden Fälle angeführt, wo
man langjährige „routinierte“ Maschinenlehrer lieber ihres
Weges ziehen ließ, als ihnen eine kleine Lohnzulage zu
gewähren. Merkwürdig ist es, daß jetzt auf Bewerbungen
in Hamburg über einen gewissen Lohnsatz nicht hinaus-
gegangen würde. Die Ausnahme des Interests in Nr. 14, 15
des „Klmsch“ betreffende Gelegenheit zur Ausbildung an
der Linotype für eine 17jährige höhere Tochter fand ge-
büßende Bezeichnung. Zum Schluß übermittelte der Vor-
sitzende Grübe aus dem Felde und machte die Mitteilung,
daß wieder mehrere Kollegen zu den Waffen gerufen
worden seien, darunter ein Vorstandsmitglied, Kollege
Kiehlke. — Nach der Versammlung fand eine der ersten
Zeit entsprechende Veranstaltung mit anschließender Kafee-
tisch statt. Erfreulicherweise leisteten die Familien der im
Felde stehenden Kollegen unserer Einladung hierzu zahlreich
Folge.

G. F. Sanau a. M. Am 21. Februar fand hier
unsere Bezirksversammlung statt. Mit einem kurzen
Nachruf für unsre beiden im Dienste des Vaterlandes ge-
fallenen Kollegen Dillmann und Bauer eröffnete der Vor-
sitzende die Versammlung. Wie aus dem erstatteten Jahres-
bericht ersichtlich, war die Arbeitsgelegenheit bis zu Aus-
bruch des Krieges günstig. Die Mitgliedszahl betrug am
Anfang des Berichtsjahres 141, sank jedoch bis zum
30. Januar 1915 auf 94. Zu den Fahnen sind bis jetzt
50 Mitglieder einberufen. Die Extrafsteuer von 10 Pf.
wöchentlich soll weiter erhoben werden. Mit Ausnahme
eines Kollegen, der zur Fahne einberufen worden ist, wurde
der alte Vorstand wiedergewählt. Als nächster Veramm-
lungsort wurde Althoffenburg bestimmt. Mit einem Hoch
auf den Verband schloß der Vorsitzende die von 39 Kollegen
besuchte Versammlung.

Hannover. (Drucker- und Maschinenmei-sterverein. — Halbjahrsbericht.) Durch Hereinbrechen des
Weltkrieges wurde aller friedlichen Arbeit ein Ziel gesetzt.
Massenkündigungen und plötzliche Entlassungen, ließen ein.
Der Vorstand sah sich daher gezwungen, die Beitrags-
zahlung fürs erste ganz auszuheben. Um aber mit den
Mitgliedern in Verbindung zu bleiben, leitete der Vorstand
jede Woche einen Abend fest, um die Fachbücher und die
reiche, laufende Fachliteratur zur Verfügung zu stellen.
Unter 440 eingeschlagenen Kollegen des Lokalvereins Hannover
befinden sich über 100 Druckerkollegen. Im einige Zahlen
dieser Zeit mitzuteilen, sei bemerkt, daß in der Woche vom
5. bis 12. September 108 Drucker arbeitslos waren. Ende
Oktober waren es noch 60 Kollegen. 40 Kollegen arbeiteten
nicht voll, zum Teil nur drei Tage in der Woche; nur rund
100 Maschinenmeister hatten vollen Verdienst; außerdem
sind 10 Kollegen vom Beruf abgegangen. Nach und nach
erholte sich der Wirtschaftsmarkt und die Beschäftigung
wurde besser. Anfang des Jahres 1915 waren wieder
14 Arbeitslose eingeschrieben; etwa 20 Kollegen sind vom
Beruf abgegangen. In der Versammlung vom 27. Oktober
erklärte Kollege Schaper an Stelle des verhinderten
Referenten den Luftausleger an der Viktorialdenkmalpfeife.
Die Wiederaufnahme der Beitragszahlung wurde beschlossen.
Einstimmig wurde der Anschluß eines Kollegen wegen ano-
nymer Briefschreiberei zum Nachteil eines andern Kollegen
vorgenommen. — In der Versammlung vom 10. Januar
machte Kollege W. Meyer Mitteilungen über den Druck
von Zeitschriften und billigen Fahnen. Hierzu hatten aus-
wärtige Kollegen Proben ihres Könnens eingeklärt. Kollege
S. Kauf erläuterte den sachgemäßen Aufzug. Da in letzter
Zeit in den Zeitschriften über Stärke und Qualität des
Aufzuges Meinungsverschiedenheiten entstanden waren, nahm
der Vorstand Anlaß, dieses Thema, das zu häufig Schmerzens-
kind der Kollegen ist, einmal wieder eingehend behandeln
zu lassen. — In der Generalversammlung am 14. Februar
mußte abermals mitgeteilt werden, daß wiederum zwei
Kollegen auf dem Schlachtfelde gefallen seien. Sodann
gab der Vorsitzende einige Erläuterungen zu dem gedruckt
vorliegenden Jahresbericht. Denselben sind zum erstenmal
die Berichte aus dem Magistatsbezirk Hannover angefügt.
Der Bericht des Wollenbittler Vereins war zu spät ein-
gelaufen worden und wurde verlesen. Jahres- und Klassen-
bericht wurden genehmigt und dem Kassierer Entlastung
erteilt. In Anbetracht der Kriegszeit wurde der Vorstand
wiedergewählt und ihm an die Hand gegeben, sich selbst
befähigte Kollegen heranzuziehen, falls durch Einberufung
weitere Vorstandskollegen abgehen. Leider ist auch die
Tasche zu verzehren, daß einzelne Kollegen dem Ma-
schinenmeisterverein in dieser schweren Zeit den Rücken
kehren mit der Begründung, den monatlichen Beitrag von
30 Pf. nicht zahlen zu können — trotz vollen Verdienstes.
Die Generalversammlung stellte sich auf den Standpunkt,
daß es Ehrenpflicht eines jeden Kollegen, der noch das
Minimum verdient, sei, den Beitrag zu zahlen. Unser
Gauvorsteher G. Pfingsten richtete sodann noch die Mah-
nung an die Versammlung, jetzt erst recht an den Spezial-
vereinen festzuhalten, da es unbedingt erforderlich sei, in
dem Halften dieser Zeit, wo eine Neuerung die andre
jage, auf dem laufenden zu bleiben. Gerate der Krieg
habe gezeigt, daß Spezialkräfte, die etwas verstehen, sehr
geschätzt seien.

Schwabach (Bayern). Die hiesige Mitgliedschaft hielt
im Januar ihre Generalversammlung ab, in welcher

Kollege Sterker als Vorsitzender den Jahresbericht er-
stattete. Sehn Verbandskollegen, worunter sechs ver-
heiratete, wurden zur Fahne einberufen, und sofort grü-
ndeten die zurückgebliebenen aus den laufenden Beiträgen
zur Ortschaft sowie aus freiwilligen wöchentlichen Spenden
einen Hilfsfonds zur regelmäßigen Unterstützung der Ge-
mühen; auch die Krüger selbst wurden zu Weihnachten mit
„Liebesgaben“ bedacht. Wie aus dem Rechenschaftsberichte
des Kassierers Gerold zu entnehmen war, sind die finan-
ziellen Verhältnisse der Mitgliedschaft immer noch günstig,
besonders deshalb, weil das Vermögen noch intakt bleiben
konnte. Der zur Mobilmachungszeit flauere Geschäftsgang
besserte sich im Laufe der Kriegsmoat. Mitgliedsbestand
Ende 1913: 17, Ende 1914: 11. Die am Schluß vor-
genommenen Wahlen erfolgten per Akklamation und zeig-
ten die einmütige Wiederwahl der leitenden Vorstand-
schaft.

D. Stuttgart. Mitgliedschaftsversammlung am
13. Februar.) Vorsitzender Klein eröffnete die äußerst
zahlreich besuchte Versammlung und hieß die auf Ein-
ladung erschienenen Landtagsabgeordneten Henmann und
Reichel in unserer Mitte herzlich willkommen. Hierauf
widmete er den seit unserer letzten Versammlung gefallenen
47 (im ganzen jetzt 83) Kollegen von hier ehrende Worte,
ebenso den in letzter Zeit verstorbenen Mitgliedern:
L. Zaulcher, S. Baumbach, W. Ell, K. Kurz und K. Chr.
Weller. Letzterer habe durch testamentarische Verfügung
der Gaukasse den Betrag von 1200 Mk. zugewiesen, wäh-
rend wir in dem Kollegen Zaulcher eines unserer ältesten
Mitglieder verloren hätten; er habe fast ein Menschenalter
sich nicht nur unsern, sondern auch den Bekreuzten der
Gesamtarbeiterchaft mit voller Hingabe gewidmet. Leider
war es ihm nicht mehr vergönnt, einer Einladung zum
50. Stiftungsfeste der Mitgliedschaft Augsburg, deren
Gründer er war, folgen zu können. Die Versammlung be-
handelte durch Erheben von den Sätzen ihr Einverständnis
mit diesen Ausführungen. Unter „Bereinsmitteilungen“
brachte der Vorsitzende die Ende Dezember erfolgte Inter-
nenring unres internationalen Sekretärs P. Stautner zur
Kenntnis. Die zu seiner Freilassung unternommenen Schritte
waren bis jetzt erfolglos. Die Zustände im „Staatsanzeiger“,
die schon die letzte Versammlung beschäftigten, seien trotz
kraftigster Aussprachen und gegebener Versprechen seitens
der Geschäftsleitung eher schlechter als besser geworden.
Die bis zur Unertaglichkeit gesteigerte Schikane seitens
des Direktors und seines willigen Faktors den bis zu
30 und 40 Jahren im Betriebe tätigen Kollegen gegen-
über wäre ein Hohn auf Menschewürde. Fortgesetzt würden
erstklassige Anzeigenleiter gesucht, obwohl mit dem vor-
handenen Material ein modernes Interat nicht gelebt
werden könne. Die eigentlichen Mächtigen der Firma seien
uns längst klar, würden auch trefflich illustriert durch ein
beachtliches Engagement im Auslande für den leibhaftigen
44 Jahre alten Metzger, der wohl imstande, eventuell noch
Dienste für das Vaterland zu tun, für den „Staatsanzeiger“
aber „überaltert“ sei. Der vorgelebene verheiratete Kollege
lehnte im Hinblick auf seine Familie aber das „Angebot“ ab.
Die meisten der hiesigen Firmen hätten die Weltverflechte-
rung der eingerichteten Kollegen bei der Ortskrankenkasse
übernommen. Im „Staatsanzeiger“ komme nur ein Ver-
heirateter in Betracht, aber die 27 Pf. habe man für ihn
nicht übrig. Leider finden sich Kollegen, speziell der
dortige Maschinenmeister, die dem Treiben der Geschäfts-
leitung noch Vorwurf leisten. In der sich anschließenden
Diskussion wurde scharf, aber notwendige Kritik an dem
Verhalten des Direktors und seines Faktors geübt. Land-
tagsabgeordneter Reichel fand die Behandlung des Per-
sonals in einem Betriebe, der das Organ der würdigen
berglichen Staatsregierung herstellt, im höchsten Grade ver-
werflich sowie die unsoziale Haltung den Ausmarschiertern
gegenüber fonderbar und erklärte sich bereit, in Gemein-
schaft mit seinen Fraktionskollegen unsre weiteren Schritte
mit allem Nachdruck zu unterstützen und an geeigneter
Stelle zur Sprache zu bringen. Zum Schluß wurden die
Kollegen ermahnt, einig zu sein und jederzeit ihren Mann
zu stellen, dann werde auch die Leitung der „Staats-
anzeiger“-Druckerei einsehen, daß sie mit ihrer bisherigen
Methode nicht weit komme. Ein aus der Mitte der Ver-
sammlung gestellter Antrag, zwei Mitglieder in der ge-
nannten Druckerei wegen ihres unkollegialen Verhaltens
dem Gauvorstand zum Ausschlusse zu empfehlen, wurde
angenommen. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung:
„Aussprache wegen der Wahl des Gauvorstandes“, wurde
beschlossen, von einer Neuwahl für dieses Jahr Abstand
zu nehmen. Der als dritter Punkt vorgelebene Vortrag
des Abgeordneten Henmann mußte der vorgezeichneten Zeit
wegen für die nächste Versammlung zurückgestellt werden.
Unter dem letzten Punkte wurde den Druckerleitern die
in früheren Jahren übliche Entschädigung gewährt.
Mit dem aus aller Herzen kommenden Wunsche, die aus-
marschiertern Kollegen bald wieder in unserer Mitte be-
grüßen zu können, und daß die zurückgebliebenen fest und
treu zur Organisation halten möchten, schloß der Vorsitzende
die Versammlung.

o o o o o Rundschau o o o o o

Von Buchdruckern im Kriege. Für vorbildliche Tapfer-
keit und Pflichterfüllung im Kriegsdienst erhielten folgende
Mitglieder unserer Organisation das Eiserne Kreuz: Alfred
Böttcher (Magdeburg) und Wolkenbuhl (Rübeck).
Damit haben bis jetzt 469 Verbandskollegen diese militä-
rische Auszeichnung erworben.

Militärische Verordnung über Mindestlöhne. Das
Kriegsbeleidigungsamt für den 12. Armeebezirk (Dres-

den) hatte bereits am 1. Dezember 1914 eine Verordnung
über Mindestlöhne veröffentlicht, durch die den Mün-
schen der Arbeiter in der Militärbeleidigungsindustrie in
vieler Beziehung Rechnung getragen wurde. Diese Mindest-
löhne ließen aber für die Unternehmer die Hintertür offen,
daß sie nicht im Akkord, sondern im Lohn arbeiten lassen
konnten, um dadurch die Arbeitslöhne so niedrig wie
möglich zu halten und selbst bei den Militärleistungen
sowie als möglich zu verdienen. Von der Möglichkeit,
den Akkordlohn durch Zeitsöhne zu ersetzen, wurde auch
ausgiebig Gebrauch gemacht. Ein Teil der Unternehmer
ließ die Arbeiter von gelehrten Schneidern bei Wochen-
löhnen von 22 bis 27 Mk. anfertigen. Bei den Arbeit-
erinnen waren Wochenlöhne von 8 bis 12 Mk. keine
Selteneit. Die Arbeiterorganisation war angesichts dieser
Schlage bemüht, die Hintertür durch die Erwirkung von
Mindestwochenlöhnen zu verschließen, und diesen Be-
mühungen ist das Kriegsbeleidigungsamt durch eine neue
Verordnung in anerkennenswerter Weise gerecht geworden.
In dieser Verordnung heißt es: „Die durch die Weiter-
gabe der Aufträge seitens der Lieferanten des Kriegs-
beleidigungsamtes XII entstandenen Unzulänglichkeiten ver-
anlassen das Amt, bei Entlohnung jeglicher Heeresliefer-
ungen Jöner zur Pflicht zu machen, vor Weitergabe von
Aufträgen die Erlaubnis des Amtes hierzu eingeholen.
Diese wird davon abhängig gemacht, daß sie die Aufträge
nur an solche Firmen weitergeben, die im allgemeinen nicht
mehr als zehn Gehilfen beschäftigen und sich verpflichten,
die vom Amt unterm 1. Dezember 1914 vorgeschriebenen
Lohn- und andern Bestimmungen zu erfüllen. Annungen,
welche die Arbeiter an ihre Mitglieder weitergeben, wer-
den von dieser Verfügung nicht betroffen. Ferner macht
das Amt seinen Lieferanten zur Pflicht, bei Vergebung
der Arbeit für das Amt XII im Zeitsöhne (Stunden-,
Tages- und Wochenlohn) sowie Stücklohn — soweit letzterer
nicht bereits von Amts wegen vorgeschrieben ist — orts-
übliche, abzugsfreie Mindestwochenentlohnung zu gewährleiten.
Als solche sind anzusehen: a) für männliche Arbeiter 30 Mk.,
b) für weibliche Arbeiter 14 Mk., bei zeitlichändernder Arbeits-
zeit. Erfolgt die Beschäftigung nur stundenweise, so sind
a) für männliche Arbeiter mindestens 50 Pf., b) für weib-
liche Arbeiter mindestens 24 Pf. pro Stunde in Anrech-
nung zu bringen. Diese Mindestentlohnungen sind ebenso wie
die Mindeststücklöhne durch die Arbeitgeber durch Zahlung
in den Arbeitsräumen der Arbeiterchaft zur Kenntnis zu
bringen. Eine Nichtbefolgung dieser Vorschrift würde gleich-
falls die Entlohnung der Arbeit zur Folge haben.“ Die
festgesetzten Löhne von 30 Mk. für männliche und 14 Mk.
für weibliche Arbeitskräfte sind bei der gegenwärtigen
Teuerung freilich nicht hoch, aber man muß dabei berück-
sichtigen, daß es sich eben um Mindestsätze handelt. Die
Arbeiter und ihre Organisationen werden dafür sorgen
müssen, daß sie nicht zu Normalfällen werden.

Der Einfluß des Krieges auf den deutschen Kohlen-bergbau. Über die Einwirkung des Krieges auf die Förde-
rung im Kohlenbergbau liegen nunmehr für den größten
Teil der deutschen Unternehmungen ziffermäßige Nach-
weisungen vor, die erkennen lassen, in welchem Grade
durch die Mobilmachung die Belegschaft vermindert worden
ist, und wie stark unter der Verminderung der Arbeits-
kräfte die Förderung zurückgegangen ist. Im zweiten
Quartal 1914 stellte sich im preussischen Steinkohlenber-
bau die Belegschaft noch auf 677 485 Köpfe und war damit
um 57 165 Köpfe stärker als im gleichen Quartal des
Jahres 1913. Die Ziffern für das dritte Quartal, das den
Beginn des Krieges brachte, lassen die Abnahme der Be-
legschaft nicht voll erkennen, da ja noch der Friedensmonat
Juli die Durchschnittsziffer der Belegschaft günstig beein-
flusst. Erst die Gestaltung im vierten Quartal ist maß-
gebend für den Grad der Abnahme. In diesem Quartal
stellte sich die Belegschaft auf 488 782 Köpfe, gegen 666 062
im gleichen Quartal 1913. Die Abnahme beträgt 177 280
Mann oder 26,61 Proz. Wie groß ist demgegenüber der
Rückgang der Förderung? Im ganzen Jahre 1914 betrug
die Steinkohlenförderung 152,95 Millionen Tonnen, gegen
179,90 Millionen im Jahre 1913. Für das ganze Jahr
stellte sich die Abnahme auf 26,95 Millionen Tonnen. Maß-
gebend für die Beurteilung des Grades der Kriegseinwir-
kung kann aber hier ebenfalls nur der Rückgang im
vierten Quartal sein, da die beiden ersten Quartale 1914
noch Förderleistungen brachten und das dritte Quartal
erst zwei Kriegsmoat enthält, die außerdem noch einen
besonders außergewöhnlichen Charakter aufweisen. Im
vierten Quartal 1914 stellte sich die Förderung auf 30,74
Millionen Tonnen, gegen 44,96 Millionen im entsprechen-
den Quartal des Vorjahres. Die Abnahme beträgt 14,22
Millionen Tonnen oder 31,63 Proz. Die Förderung ist dem-
nach merklich stärker zurückgegangen als die Belegschaft. Unter
Annahme dieses Rückganges wäre für 1915 mit einer Förde-
rung von 125,93 Millionen Tonnen zu rechnen. In Wirk-
lichkeit wird allerdings die Leistung größer werden, da
eine Reihe Gründe, die bisher Schwierigkeiten bereitet
haben, weggefallen sein werden. Allerdings können auch
auf der andern Seite noch Verminderungen der Beleg-
schaftsziffern eintreten. Die Leistungsfähigkeit dürfte sich
etwa zwischen 125 und 135 Millionen Tonnen Steinkohlen
für das Jahr 1915 bewegen. Ganz wesentlich geringer
war die Einwirkung des Krieges auf den Braunkohlen-
bergbau. Zwar hat die Belegschaft ebenfalls eine ziem-
liche Abnahme erfahren, wenn auch nicht so stark wie die
im Steinkohlenbergbau. Im zweiten Quartal stellte sie
sich für Preußen auf 62 414 Köpfe, gegen 60 665 im gleichen
Quartal 1913. Im dritten Quartal sank sie auf 49 530,
im vierten auf 48 917. Die Abnahme im dritten Quartal
stellte sich gegen 1913 auf 10 325, im vierten auf 11 811
Köpfe. Die Verringerung der Belegschaft im vierten Quar-
tal 1914 stellt sich gegenüber 1913 auf 19,45 Proz. An-

(Fortsetzung in der Beilage.)

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

gleich geringer ist demgegenüber die Abnahme der Förderung. Im ganzen Jahre 1914 wurden 67,38 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert, gegen 70,60 Millionen im Jahre 1913. Das ist ein Minus von 3,22 Millionen Tonnen. Die Hauptabnahme entfällt nun aber beim Braunkohlenbergbau keineswegs, wie man erwarten sollte, auf das vierte Quartal, sondern vielmehr auf das dritte Quartal. In diesem betrug das Minus nicht weniger als 3,48 Millionen Tonnen, während es im vierten Quartal schon wieder bis auf 1,38 Millionen zurückgegangen ist. Trotz der Abnahme der Belegschaft konnte die Förderung aus verschiedenen Gründen so gesteigert werden, daß im vierten Quartal 17,28 Millionen Tonnen ausgebracht wurden, gegen 18,66 Millionen im vierten Quartal 1913 und gegen 14,55 Millionen im dritten Quartal 1914 und endlich gegen 17,33 Millionen Tonnen im zweiten Quartal 1914. Das ist ein überaus günstiges Ergebnis, das für 1915 immerhin eine wahrcheinliche Förderung von 65,48 Millionen Tonnen Braunkohle erwarten läßt. Fassen wir Steinkohle und Braunkohle zusammen, so ergibt sich für Preußen im Jahre 1915 eine wahrcheinliche Gesamtförderung von 191,41 bis 200,48 Millionen Tonnen gegenüber einer solchen von 250,50 Millionen im Jahre 1913. Das heißt, es ist insgesamt mit einer Abnahme in Höhe von 20,0 bis 23,5 Proz. der normalen Förderung zu rechnen.

Der Fleischverbrauch in Deutschland im Jahre 1914. Auf Grund der Statistik der gewerblichen Schlachtungen läßt sich der weitaus größere Teil des Fleischverbrauchs in Deutschland berechnen. Die Hauschlachtungen spielen zwar ebenfalls eine nicht unwichtige Rolle; sie dürften besonders gegen Ende des Jahres 1914 größer gewesen sein als in anderen Jahren, aber eine genaue periodische Erfassung erfolgt für die Hauschlachtungen nicht, so daß wir sie bei der Berechnung des Fleischverbrauchs im Jahre 1914 nicht berücksichtigen können. Sie dürften wohl kaum mit weniger als 10 kg pro Kopf anzunehmen sein. Dazu kommt nun noch der Verbrauch an Geflügel und Wild sowie an Fischen, der zu der nachfolgenden Gewichtsmenge noch hinzuzurechnen wäre. Der auf Grund der Statistik der gewerblichen Schlachtungen sich ergebende Fleischkonsum zuzüglich der Mehreinfuhr von Fleisch bis zum Beginn des Krieges betrug im Jahre 1914 auf den Kopf der Bevölkerung 39,80 kg, wobei die angenommenen Gewichtsziffern pro Schlachtling für die Ermittlung der Fleischmenge eher zu niedrig, als zu hoch gegriffen sind. Im Vergleich mit früheren Jahren stellte sich der Verbrauch von Fleisch pro Kopf der Bevölkerung in Kilogramm wie folgt:

	1910	1911	1912	1913	1914
Rindfleisch	15,56	14,60	14,27	13,84	13,88
Kalb- und Hammelfleisch	2,93	2,79	2,64	2,44	2,27
Schweinefleisch	20,36	22,76	22,26	21,62	22,94
Sammelfleisch	0,82	0,76	0,74	0,70	0,60
Ziegenfleisch	0,11	0,11	0,11	0,11	0,11

Zusammen 39,78 41,02 40,02 38,71 39,80
Der Fleischverbrauch ist gegen 1913 etwas gewachsen und stellt sich etwa so hoch wie im Jahre 1910. Allerdings war damals der Konsum von Schweinefleisch noch nicht so hoch wie im Jahre 1914. Mit 22,94 kg ist die höchste bisherige Ziffer erreicht, aber dafür hat der Verbrauch von den anderen Fleischarten merklich nachgelassen. Im vierten Quartal ist schon eine Zunahme der Schweinefleischschlachtungen erfolgt, freilich nicht in wünschenswertem Grade. Das vierte Quartal bringt stets eine Steigerung der Schweinefleischschlachtungen, so daß das Plus im vierten Quartal 1914 im Vergleich zum nämlichen Quartal im Jahre 1913 nur 0,60 kg pro Kopf beträgt. Dieses Mehr macht ja nun auch schon die fastliche Menge von 40,80 Millionen Kilogramm Schweinefleisch aus, aber eine Steigerung auf das Doppelte wäre erfreulicher gewesen. Immerhin kann das erste Quartal 1915 noch nachholen, was im vierten Quartal 1914 veräußert worden ist. Auch darf man annehmen, daß die Hauschlachtungen von Schweinen im vierten Quartal 1914 ebenfalls größer gewesen sind als in früheren Jahren. Nach den vier Quartalen zergliedert, stellte sich der Fleischverbrauch im Jahre 1914 in Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung:

	I.	II.	III.	IV.
Rindfleisch	3,26	3,30	3,23	4,09
Kalb- und Hammelfleisch	0,57	0,75	0,52	0,43
Schweinefleisch	5,76	5,45	5,05	6,68
Sammelfleisch	0,13	0,13	0,17	0,17
Ziegenfleisch	0,03	0,05	0,01	0,02

Zusammen 9,75 9,68 8,98 11,39
Am niedrigsten war der Verbrauch im dritten Quartal, in das der Kriegsbeginn fällt. Im vierten Quartal tritt dafür eine Steigerung ein, die das Minus des dritten Quartals mehr als ausgleicht. Eine Abnahme zeigt nur der Verbrauch von Kalbfleisch, während für alle übrigen Fleischsorten, mit Ausnahme von Hammelfleisch, eine Zunahme zu konstatieren ist. Der Verbrauch von Sammelfleisch blieb genau so hoch wie im dritten Quartal, in dem er größer war als in den beiden ersten Quartalen des Jahres 1914.

Geheimnisse der Nahrungsmittelfälscher. Der Landrat des Kreises Stormarn (Schleswig-Holstein) sah sich vor

einiger Zeit genötigt, folgende Warnung vor gefälschten Nahrungsmitteln zu erlassen: „Es liegt die Vermutung nahe, daß unter den augenblicklichen Verhältnissen mit ihren Schwierigkeiten der Beschaffung mancher Nahrungs- und Genussmittel die Veruchung für unlautere Elemente in der Lebensmittelindustrie geltegen sein muß, verälschte, nachgemachte und verdorbene Nahrungs- und Genussmittel in den Verkehr zu bringen, ohne daß die veränderte und minderwertige Beschaffenheit der Waren dem Nahrungsmittelbesitzer entsprechend immer deutlich für den Käufer und Verbraucher kenntlich gemacht wird. Ich ersuche daher, die in den letzten Jahren allgemein durchgeführte Nahrungsmittelkontrolle während der Kriegszeit nicht nur im früheren Umfang nach Möglichkeit aufrecht zu erhalten, sondern in den Richtungen, nach denen ein Verdacht unlauterer Machenschaften in Handel und Verkehr besteht, noch zu verstärken. Von Mißständen, die zu meiner Kenntnis gekommen sind, hebe ich folgende hervor: Im Handel mit Kakao wird in letzter Zeit Ware geliefert, die absichtlich stark mit Kakaoschalen versetzt ist. Es werden sogar gepulverte Kakaoschalen allein zum Zwecke der Fälschung von Kakao und Schokolade, zum Teil auch durch Firmen, die bisher überhaupt nicht auf dem Gebiete des Kakaoverkehrs tätig waren, in den Handel gebracht. Auch Kakaokerne und Kakaokaffee dienen zum Fälschen von Kakao, andre Gestecke als Kakaobutter werden der Schokolade zu Fälschungszwecken zugefügt. Die für die Truppen im Felde bestimmten Kakaowürfel haben bei der Untersuchung zum Teil einen sehr hohen Zuckergehalt (bis 75 v. H.) neben sehr wenig Kakao ergeben. Dabei war der Kakao noch dazu stark schalenhaltig. Außerdem waren die Würfel zur Vorkäufung eines höheren Kakaogehaltes mit einem braunen Farbstoff gefärbt. Kaffeewürfel enthielten biswelen große Beimengungen von Zichorien und andern Surrogaten. Auch bei den besseren Sorten entsprach der Preis nicht entfernt dem wirklichen Werte. Das gleiche ist häufig der Fall bei den in Läden veräußerten alkoholischen Getränken. Es sind Fälle beobachtet worden, in denen 60 ccm eines 33prozentigen, keineswegs hochwertigeren Alkohols für 1,25 Mk. verkauft worden sind. Auch die viel gehandelten Gros- und Punschwürfel bedürfen der Kontrolle. Da der Alkohol aus ihnen sehr schnell verdunstet und die Zubereitung der Würfel nach der Vorrichtung dann nur noch eine leimartige, fade schmeckende Brühe ergibt, ist versucht worden, durch „Zugabe“ von „Brantweinschärfen“ zu den Würfeln einen höheren Alkoholgehalt in ihnen vorzuspiegeln. Unter den Milchabletten des Handels sind solche bemerkt worden, die beim Verreiben mit Wasser nicht eine gleichmäßige milchähnliche Aufschwemmung ergeben, sondern nur unvollkommen sich verteilen lassen.“ Dieses Register könnte ohne große Mühe noch beträchtlich erweitert werden. Denn die Mittel und Wege auf diesem Gebiete sind fast unerschöpflich und die Sucht nach möglichst großem Gewinn in der privatkapitalistischen Produktion loslagen grenzenlos. Nur konsumgenossenschaftliche Produktion und unter strenger Kontrolle der Konsumenten stehende Warenverteilung kann dem Abbruch tun.

Die wirtschaftlichen Grundlagen Griechenlands. Das Land der alten Hellenen, deren verantwortliche und unverantwortliche Nachkommen gegenwärtig drauf und dran sind, sich gleichfalls in den Weltkrieg zu mischen, hat einen Flächeninhalt von 120.000 qkm und zählt 4.800.000 Einwohner, so daß auf 1 qkm 40 Personen entfallen. Der weitaus wichtigste Produktionszweig des Landes ist die Landwirtschaft, doch liegt diese noch sehr darnieder. Nur 15 Proz. des Bodens entfallen auf Acker und Gärten, weitere 5 Proz. auf Weinberge, 47 Proz. auf Wiesen und minderwertige Weiden; ein Drittel des Landes ist unproduktiv. Die Landwirtschaft hat schwer unter dem sinnlosen Raubbau zu leiden, den man mit den prächtigen Wäldern getrieben hat, an deren Stelle heute trockene, nackte Berge stehen. Die klimatischen Verhältnisse sind dadurch in ungünstigster Weise beeinflusst worden. Fruchtbarere Strecken befinden sich in Thessalien und ebenso im Morawatal; besonders ergiebig ist ferner auch das Gelände des künstlich entwässerten Kopaisses (25.000 ha). Angebaut werden von Kornfrüchten hauptsächlich Weizen (400.000 ha) und Mais (120.000 ha); doch genügen die Ernteerträge bei weitem nicht dem Eigenverbrauch der Bevölkerung, so daß noch Getreide in Massen eingeführt werden muß. Bezeichnend für den Tiefstand der griechischen Bodenkultur sind die geringen Erträge vom Hektar; so brachte z. B. Weizen 1910 nur 4,7 dz pro Hektar gegen 20 im Deutschen Reich, das doch keineswegs besonders begünstigt ist. Neben den Kornfrüchten werden neuerdings auch Tabak, außerdem Zuckerrüben und weiler Kartoffeln mit Erfolg angebaut, ebenso geringere Baumwollsorten. Eine immer größere Ausdehnung erfährt die Seidenzucht, namentlich in Thessalien, von wo bereits 1907 Kokons im Werte von 1,2 Millionen Mark verschifft wurden. Für den Export kommen in erster Linie Bi, Wein und Süßfrüchte in Frage. Namentlich der Weinbau hat, auch in qualitativer Beziehung, bedeutende Fortschritte gemacht; getrocknete Weinbeeren (Korinthen) wurden in den neunziger Jahren in solchem Umfange produziert, daß bedeutende Kräfte eintraten und der Staat sich genötigt sah, den Export auf gesetzlichem Wege zu beschränken. Die im Lande verbleibenden Quanten werden seitdem vom Staat auf-

gekauft und zu Brantwein verarbeitet (Monopol). Wie der Getreidebau, so liegt auch die Viehzucht noch sehr im Argen und deckt den Eigenbedarf des Landes keinesfalls. Gegenwärtig mögen etwa 100.000 Pferde, 360.000 Rinder und 3 Millionen Schafe vorhanden sein. Die Fischerei ist nicht ohne Bedeutung; namentlich kommt die Schwammfischerei für den Export in Frage. Was die Industrie anbelangt, so hat sie in Griechenland unter allen Balkanstaaten am festesten Fuß gefaßt; doch mangelt dem finanzschwachen Lande die nötigen Mittel zu ihrer weiteren Ausgestaltung. Die Grundlage bilden die reichen Erzlager, für deren Ausbeutung bereits viele Konzessionen erteilt worden sind. Namentlich die Blei- und Zinkgruben von Laurion (südlich von Athen) werfen gute Erträge ab. Braunkohlen gibt es auf Euböa; von Paros kommt der berühmte parische Marmor, von Naxos Schmirgel; in Theben wird Meerschaum gewonnen. Die Industrie im engeren Sinne erstreckt sich namentlich auf Schiffbau, Mülleierei sowie Fabrikation von Textilwaren, Seife, Pulver, Dynamit, Kognak und Zucker. Der Handel ist die eigentliche Domäne des griechischen Volkes, das zu strenger, intensiver Arbeit wenig geeignet erscheint. Im Süden der Balkanhalbinsel spielen die Griechen die nämliche Rolle wie die spanischen Juden in den nördlicheren Teilen. Mit dem eben erwähnten Volk ist ihnen auch die Zerstreuung über zahlreiche fremde Gebietsteile gemein; in allen wichtigeren Handelsplätzen des östlichen Mittelmeers finden sich starke griechische Händlerkolonien. Dazu kommt, daß der Grieche ein vorzüglicher Schiffer ist; auch der innere Verkehr des Landes beruht vorwiegend auf der Küstenschifffahrt.

Versehene Eingänge.

„Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg.“ Von Dr. Paul Reich. Preis 1 Mk., ungekürzte Vereinsausgabe 40 Pf. Verlag: Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co., Berlin SW 68. Der Inhalt der Broschüre zerfällt in folgende Kapitel: Imperialistische Politik der Großmächte in den letzten fünfzehn Jahren. — Die englische Welt Herrschaft und ihre Zerschütterung durch den Krieg. — Der russische Zarismus. — Frankreich und der Krieg. — Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft.
„Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 5. 26. Jahrgang.

Gestorben.

In Bremen am 7. März der Seher Erik Gallit aus Guben, 22 Jahre alt — an den Folgen einer Operation.
In Breslau am 2. März der Seher Max Flemming aus Leipzig, 22 Jahre alt.
In Chemnitz am 3. März der Seher Alfred Schröde, 30 Jahre alt.
In Hamburg am 28. Februar der Drucker Otto Stark aus Berlin, 36 Jahre alt.
In Lebach der Seher Michael Birringer, 28 Jahre alt — Kehlschleiden.
In Leipzig der Buchdruckerbesitzer Ernst Bombös, 54 Jahre alt — Arterienverkalkung.
In Mannheim der Seher Martin Jené, 62 Jahre alt.
In Meerane am 4. März der Buchdruckerbesitzer C. Fibor Schulze, 78 Jahre alt.
In München am 5. März der Faktor Adolf Waldenmair von dort, 36 Jahre alt — Lungenentzündung.
In Münster am 28. Februar der Seher Theodor Oberhaus von dort, 54 Jahre alt — Lungenleiden.
In Steffin am 17. Februar der Seherinwalde Emil Bokurka aus Brunn, 70 Jahre alt.
In Wien am 24. Februar der Seher Berold Neuber, 35 Jahre alt. — Auf dem Felde der Ehre gefallen: Joseph Esigethy (S.); Karl Lehner (S.); Ludwig Dschowskil.

Briefkasten.

G. B. in A.: Übermittlung war uns sehr angenehm. — H. M. in B.: Dem Manne soll es besorgt werden. — D. Th. aus L.: Die Kollegen im Felde, die Originaldrucke von Kriegszetteln, Proklamationen und sonstigen drucksachen erlangen können oder überzählig im Besitze haben, finden dankbare Abnahme dafür bei der Bibliothek des Berliner Gauvereins, Berlin SO 16, Engelster 14/15 I, zu Händen des Kollegen Gustav Scheffel. Also dorstich mit dem „Aberflusse!“ — C. A. in Strahburg: 2 Mk. — D. A. in Hfenbad: 2,30 Mk. — Wo. in Be.: 2,60 Mk. — W. S. in Karlsruhe: 2,90 Mk. — W. B. in Kattowitz: 5,90 Mk. — H. D. in München: 7,55 Mk. — G. W. in Göttingen: 3,95 Mk. — S. A. in Bremen: 5,90 Mk. — W. S. in A.: Die in der „Wochenchau“ geführte örtliche Statistik über den Beschäftigungsgrad ist in Wegfall gekommen, weil ihr Zweck als erreicht gelten kann. Die „Wochenchau“ selbst erscheint weiter, muß aber ganz ausnahmsweise einmal zwei Wochen umfallen, was in der Nummer vom 18. März der Fall sein wird. Damit zufrieden? Frdl. Gruß!

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.
 Berichtsprüfer: Almt Kurfürst, Nr. 1191.

Oergau. An die Bezirks- und Ortskassierer. Wir bitten, den Familien der im Felde stehenden verheirateten Kollegen zum 1. April eine einmalige Ertraunterstützung von 6 Mk. aus der Gaukasse zu zahlen. Für jede geahnte Unterstützung ist eine besondere Quittung auszufüllen und uns einzusenden.

Kleve. Der Maschinenmeister Friß Keunede aus Braunschweig wird aufgefordert, seinen hiesigen Verpflichtungen umgehend nachzukommen.

Adressenveränderungen.
Rüdenscheld. (Maschinenmeisterverein.) Vorsitzender: Oswald Süßner, Werderstraße 85.
Arbeitslosenunterstützung.
Hauptverwaltung. Die verehrlichen Funktionäre werden ersucht, die Quittungsbücher nachstehend genannter Kollegen, die sich zum größten Teil als Ausgesteuerte auf der Reise befinden, einzusenden zu wollen:
 Ahrens, Karl (Hauptbuchnummer 38364),
 Baur, Michael (Hauptbuchnummer 2746),
 Bender, Hermann (Hauptbuchnummer 65247),
 Hannemann, Karl (Hauptbuchnummer 91230),
 Hirschbeck, Otto (Hauptbuchnummer 1395),
 Mai, Robert (Hauptbuchnummer 13451),
 Schmidt, G. Adolf (Hauptbuchnummer 15308),
 Stenberg, Joh. Gustav (Hauptbuchnummer 67916).

Bei Einsendung der Bücher ist mitzuteilen, ob die betreffenden Kollegen die Verpflichtung im § 19 Absatz 1 der Vorstandsbeschlüsse, die Arbeitsnachweise auszufüllen, erfüllt haben, gleichzeitig bitten wir um Angabe einer Adresse, an die die Bücher gegebenenfalls zurückgeschickt werden können.

Verammlungskalender.
 Dortmund. Verammlung Sonntag, den 14. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Schwarzen Raben“, Hanfstraße.
 Düsseldorf. Verammlung Männerjugend Sonntag, den 21. März, nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokal.
 Grimma. Verammlung heute Sonntag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Jägerhof“.
 Kallowitz. Verammlung Sonntag, den 14. März, vormittags 10 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Rathausstraße 12.
 Potsdam-Neubabelsberg. Maschinenmeisterjugend heute Sonntag, den 13. März, abends 8 1/2 Uhr, im „Königsbad“, Alte Königsstraße.

Züchtige Maschinenmeister

Iuchf
 Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen tüchtigen [758]

Inferaten- und Alzidenzseher
 der selbständig arbeiten kann, in dauernde Stellung. Offerten mit Angabe des Alters und der Gehaltsanprüche an die Buchdruckerei der „Kaltstrop Zeitung“, Kattrop 1. Weßf.

Katalog- und Tabellenseher
 für dauernde Stellung sofort oder später nach Frankfurt a. M. gesucht. Offerten unter Nr. 783 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Linothypeseher
 per bald oder später in dauernde Stellung gesucht. Angebote mit Wohnansprüchen und Angabe der bisherigen Tätigkeit an [773] „Vegniger Anzeiger“, Vegelnh.

Gesucht für sofort oder später ein **Linothypeseher** [760] eventuell auch Anfänger, und zwei Seher für alle vornehmenden Arbeiten. Die Stellen sind dauernd. Eisenbahnfahrt wird vergütet.
 Joh. Samel, Marburg (Hahn), „Heßliche Bandzestaltung“.

Erstahrener Monotypeseher
 möglichst gelernter Schriftsetzer, sofort gesucht. Offerten mit Angabe der Gehaltsanprüche an [772] H. Beigel, Düsseldorf.

Gut empfohlener, militärfreier [757] **Schriftgießer**
 kann sich an der Monotypesehermaschine ausbilden und dadurch dauernde und gut bezahlte Stellung erwerben. Angebote mit Zeugnissen an Buchdruckerei Ed. Link, Düsseldorf.

Zwei Linothypeseher
 Stoff und korrekt, gute Maschinenkennner, wünscht sich zum 22. März in dauernde Stellung zu verändern (am liebsten in Zeitungsbetrieb größerer Stadt/Südwestdeutschlands als Alziden- und Inferaten-seher). Werte Angebote an W. Schäffer, Schrift-seher, Schorndorf (Württemberg), Mühlgasse 5. [779]

Am der Sehmachine
 möchte sich 25-jähriger, vollständig militärfreier, tüchtiger Alzidenzseher gründlich ausbilden, gleichgültig wo. Karl May, Stolberg (Niedr.), [759] Cocherillstraße 16.

Tüchtiger, solider, 43 Jahre alter, verheirateter **Sandseher**
 im Werk-, Tabellen-, Zeitungs- und kleinem Alzidenzseher erfahren, sucht nach Bayern (Franken) dauernde Konstellation. Würde sich auch als Maschinenseher ausbilden lassen. (Mittlerel.) Offerten unter Nr. 748 besördert die Geschäftsstelle d. Bl.

Beschließbare Werkzeugkasten
 sowie sämtliche Werkzeuge für Maschinenmeister empfiehlt Kollege Max Pöhl, Leipzig-Schöneberg, Papiernühlstraße 3 II. Preisliste gratis. [628]

H. MATHAEUS DESSAU
 Flössergasse 46
 Katalog gratis u. fr.

Typographische Vereinigung Berlin
 Mittwoch, 17. März, abends 8 1/2 Uhr:

Verammlung
 1. Vortrag des Schriftsetzers Herrn Robert Breuer: „Die Kunst in Deutschland, Frankreich und England. Einiges und Unbekanntes“.
 2. Mitteilungen.

Vereinsbuchdruckerei zu Hannover
 eingetr. Gen. m. beschr. Haftung.
 Zu der am Sonntag, dem 28. März, vormittags 11 Uhr, im „Reisfelder Gesellschaftshaus“, Calenberger Straße 33, stattfindenden

Generalversammlung
 werden die Mitglieder hierdurch eingeladen. Tagesordnung: Die im § 57 Abs. 1-5 des Statuts bestimmten Geschäfte. Die Bilanz kann im Geschäftslokal in Empfang genommen werden. Hannover, 10. März 1915.
 Der Vorstand: Der Kassier: C. Rosenbruch, Georg Nolte. G. Schwerdfeger.

Graphische Fachklassen
 Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-druck, Photochemische Verfahren, Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Prospekte gratis. Kunstgewerbeschule Barmen

Kunstgewerbe- und Handwerker-schule zu Dessau
 Mauerstraße 36
Graphische Fachklasse

Gründliche Weiterbildung für gelehrte Kräfte. Praktischer und theoretischer Unterricht in allen Spezialfächern. Anerkannte Zeugnisse aus der Praxis. Nachweisbare Erfolge.

Lieber und Gedächtnis aus dem Festzuge 1914/15 von Emil Braasch, Wehrmann, Preis 40 Pf. 10 Exempl. portofrei. Frau Braasch, Berlin N. Kameruner Straße 18. [579]

Seherblusen
 echt blauweiß gestreift u. in jeder Farbe: 463) 110 120 130 140cmlg. Qual. extra Pa. 3,60, 3,80, 4,00, 4,20Mk. „ extra 3,40, 3,60, 3,80, 4,00 „ Pa. 3,15, 3,35, 3,50, 3,70 „ I 2,85, 3,10, 3,25, 3,50 „ II 2,65, 2,85, 3,00, 3,20 „ III 2,35, 2,50, 2,70, 2,90 M. Maschinenmeisteranzüge zu 2,50-6 Mk. Arno Chold in Gera (N.) Fabrik für Berufsbildung u. Wäsch.

Der Schreiber- und Kleingarten
 Illustrierte Wochenschrift pro Vierteljahr 13 Nummern, durch Post oder Buchhandel 1,12 Mk., bei freier Zustellung. Vereine Borzugspresse. Probenummern gratis durch den Verlag von Gustav Wenzel & Sohn, Braunschweig.

Wieder haben wir durch das Völkerringen den Tod zweier lieber Kollegen zu beklagen. Ein Katerstrolacher Reulingen verstarb an den Folgen seiner in den Argonnen erlittenen Wunden der Seher

Karl Henkel
 Wehrmann, im Reserve-Inf.-Reg. Nr. 91 aus Ostfingen, 34 Jahre alt.
 Ferner fiel bei einem Sturmangriff in den Argonnen der Seher [776]

Thomas Schalk
 Wehrmann im Reserve-Inf.-Reg. Nr. 91 aus Ansbach, 36 Jahre alt.
 Wir werden den beiden Kollegen, welche stets eine rege Anteilnahme an Dramatikalionsleben betanden, ein lebendes Andenken bewahren.
 Bezirksverein Ostfingen.

Als zweites Opfer bei dem Völkerringen fiel von unsern Ortsvereinen in Ruffisch-Polen unser langjähriger Vorsitzender, der Seher [761]

Heinrich Andrefen
 Wehrmann im Inf.-Reg. Nr. 31 im 39. Lebensjahre. Sein lieber Charakter, sein kollegiales Wesen und sein feines Einfühlen für unsre Interessen sichern ihm ein dauerndes Andenken. Eine sichtbare Lücke riß sein Hinscheiden in den Ortsverein Bordesheim i. S.

Den Heldentod für das Vaterland fanden auf dem Schlachtfeld im Westen unsre braven Kollegen und freien Mitglieder: am 21. Februar der Drucker [771]

Erich Münzberg
 Unteroffizier der Rel. 1. Rel.-Inf.-Reg. Nr. 78 im Alter von 31 Jahren; am 25. Februar der Seher

Ernst Reimer
 Wehrmann im Feldjäger-Bataillon Nr. 10 im Alter von 38 Jahren.
 Ehre ihrem Andenken!
 Bezirksverein Braunschweig.

Ende Februar fiel bei den Kämpfen in den Karpathen unser lieber Kollege, der Maschinenseher [770]

Otto Scheibel
 aus Olgau, im 29. Lebensjahre. Sein Andenken werden dauernd in Ehren halten.
 Der Bezirksverein Kallowitz. Der Ortsverein Kallowitz.

Bei einem Sturmangriff auf dem westlichen Kriegsschauplatz fand den Heldentod für das Vaterland unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [769]

Heinrich Mag
 aus Braunschweig, im Alter von 29 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahrt.
 Der Ortsverein Karlsruhe. Der Maschinenmeisterverein Karlsruhe. Der Gefangenen-„Typographia“ Karlsruhe.

In den Vogesen fiel bei einem Sturmangriff am 18. Februar der Maschinen-Schneidwerkzeug [764]

Richard Hofmann
 Gelehrter im Landw.-Inf.-Reg. Nr. 81. Wir verlieren mit ihm einen lieben, wackeren Kollegen!
 Schriftsetzervereinigung Frankfurt a. M.-Höfenbad.

In einem Feldlager in Rußland verstarb am 5. Februar am Typhus unser werkes Mitglied, der Seherkollege [763]

Joseph Klein
 im 28. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Der Bezirksverein Strahburg i. El.

Auf dem Felde der Ehre im Osten erhielt am 18. Februar unser Kollege, der Maschinenmeister [762]

Hermann Brieger
 Landwehmann im Inf.-Reg. Nr. 101 eine schwere Verwundung, welcher er am 23. Februar erlag.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Mitglieder der Firma Sächsischer Papierrollenfabrik, Dresden.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz fiel im Kampfe für das Vaterland unser lieber Kollege, der Maschinenmeister [780]

August Siewers
 aus Segeberg.
 Sein Andenken werden wir in Ehren halten.
 Mitgliedschaft Kadersleben.

Den Heldentod für das Vaterland fand am 18. Februar auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser liebes Mitglied, der Drucker [775]

Anton Gohm
 im 23. Lebensjahre.
 Ein ehrendes Andenken wird ihm bewahrt.
 Der Ortsverein Rheylt.

Als weitere Opfer des gewaltigen Völkerringens haben wir folgende Kollegen zu beklagen: die Seher [782]

Friedrich Bergff
 aus Bremen, der im Alter von 25 Jahren auf dem östlichen Kriegsschauplatz fiel;
Georg Beine
 aus Sildesheim, der mit 25 Jahren sein Leben auf den belgischen Fluren lassen mußte; den Drucker

Johannes Bielefeld
 aus Bremen, der nach schwerer Verwundung in französischer Gefangenschaft verstarb.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihnen Der Bremer Buchdruckerverein.

Am 7. März verschied nach kurzer Krankheit an den Folgen einer Operation unser lieber Kollege, der Seher [781]

Fritz Gallit
 aus Guben, im Alter von 22 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm.
 Der Bremer Buchdruckerverein.

In den Folgen einer Augenentzündung verschied am 5. März unser langjähriges Mitglied, der Faktor [778]

Adolf Waldenmair
 aus München, im Alter von nur 36 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm.
 Die Mitgliedschaft München.

Am 2. März verschied nach sehr schwerem Leiden unser lieber Mitarbeiter, der Korrektor [775]

Reinhold Graf
 aus Briesen a. O., im 44. Lebensjahre. Seine aufrichtige Kollegialität, seine aus gezeichneten Charaktereigenschaften liehen uns ihn stets hoch verehrt; sie sichern ihm bei uns ein dauerndes, freies Gedächtnis. Gefährdetung und Seher der Buch-druckerei G. Karwily Brauch, G. m. b. H., Berlin. [765]

Am 6. März verstarb nach längerer Krankheit in der Heilanstalt Beetz in 54. Lebensjahre unser lieber Kollege, der Schriftsetzer [767]

Paul Salspaw
 aus Kolberg.
 Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.
 Die Kollegen der Zeitungsabteilung des „Berliner Tageblatt“.